

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

22 (26.1.1950)

UNSER TAG

Südwest-Verlag e.G.m.b.H., Offenburg, Friedrichstr. 36, Fernruf 2207. Druck: Badische Verlag GmbH, Mannheim, S 3, 10, Fernruf 43260. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup. Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2248. Vertriebsstellen: Offenburg, Friedrichstraße 36; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feldbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung
für
Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,65 zuz. DM -54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Stadt. Sparkasse Mhm., Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreislist. 8. Anzeigen werden entgegengenommen in allen Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 22

Donnerstag, 26. Januar 1950

Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Ein Schritt vorwärts!

Das Land der erfüllten
Wahlversprechungen

Warum wirbt Acheson
um Franco?

Dementi entkräftet nicht

Wir stehen in unserem Kampf nicht allein!

Eine Antwort der französischen Friedensfreunde auf die internationalen Kundgebungen der KPD im Rhein-Ruhrgebiet
Jacques Duclos, der französische Arbeiterführer, grüßt die Kräfte des Friedens und der Demokratie in Deutschland

Ein bedeutsamer Gruß!

Jacques Duclos, der Führer der kommunistischen Fraktion in der französischen Kammer, sprach aus Anlaß des Todestages von Lenin auf einer Massenkundgebung gegen den Krieg, für den Frieden, in der Pariser Mutualité. Er richtete dabei an alle friedliebenden demokratischen Kräfte in Deutschland seinen Gruß.

Neben Maurice Thorez, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Frankreichs und dem greisen Marcel Cachin ist Jacques Duclos der bedeutendste Arbeiterführer Frankreichs. Seinem Gruß, seinen Worten, die getragen sind von tiefem Verständnis für den Kampf, den die deutsche Arbeiterklasse führt, kommt höchste Bedeutung zu. Der Gruß Duclos dokumentiert die bestehende internationale Solidarität zwischen den Friedensfreunden, die diesseits und jenseits der Grenzen unter verschiedenen Bedingungen den gleichen Kampf gegen die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges der angloamerikanischen Kriegstreiber auf westeuropäischem Boden um den Frieden führen. Duclos übermittelte uns den Gruß jener fortschrittlichen Kräfte, die in Frankreich während der Besetzung durch Hitler das große Beispiel der Zähigkeit und des Erfolges im Einsatz gegen die faschistische Aggression zur nationalen Befreiung ihres Landes gegeben haben und die seitdem ununterbrochen der westdeutschen Arbeiterklasse im aktiven Kampf gegen den Imperialismus und seine Kriegsrüstung vorangehen.

Der Gruß der Kommunistischen Partei Frankreichs ist uns der große Beweis, daß wir in unserem eigenen Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, gegen den Ausverkauf unserer Wirtschaft, gegen das uns mit Hilfe der Bonner Separatist-politiker aufgezogene angloamerikanische Kolonialsystem nicht allein stehen.

Der Gruß Jacques Duclos, der Gruß der französischen Friedensfreunde muß uns Verpflichtung sein, unsere Anstrengungen um die Verteidigung der Demokratie und des Friedens verstärkt zu führen. Wir tun es in der Gewißheit, verbunden zu sein mit der starken französischen Arbeiterklasse als Glied der wachsenden Friedensfront in aller Welt. Wir tun es, wissend, daß der Kampf um die Lebensexistenz unseres Volkes, unserer Nation, nur ein Ziel hat, wenn jene gewaltige Friedensfront, die von der sozialistischen Sowjetunion im Bunde mit dem neuen China, den volkdemokratischen Republiken und den Unterdrückten in den kapitalistischen Ländern im Kampfe gegen die Kriegstreiber, gegen den alles zerstörenden Weltimperialismus siegt.

Wassil Kolaroffs Beisetzung

Sofia, Der am Montag verstorbene bulgarische Ministerpräsident Wassil Kolaroff wurde gestern mit einem Staatsbegräbnis an der Ostseite des Mausoleums beigesetzt, in dem sein Vorgänger Georgi Dimitroff seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Kolaroffs Leiche war im Parlamentsgebäude in Sofia aufgebahrt, wo Tausende von Bulgaren ihn zum letzten Male sahen. (Nach Reuter)

Im Streiflicht gesehen

Sie nahmen das unbebaute Land
Catanzaro (Kalabrien). 300 landarme kalabrische Bauern nahmen in der Nähe von Catanzaro ungefähr 1300 Morgen unbebauten Boden in Besitz. Die Polizei griff nicht ein. (Nach Reuter)

Vom Weinkeller übers Krankenhaus ins Grab

Reutlingen. Bei Bauarbeiten in einem Reutlinger Gasthof hatte ein 23jähriger Gipser den Weg in den Weinkeller gefunden und sich dort derart betrunken, daß er erst nach schwerem Handgemenge von der Polizei überwältigt, gefesselt und auf einem Handwagen in das Gefängnis gebracht werden konnte. Nachdem er die Einrichtung der Zelle demoliert hatte, wurde er bewußlos und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden, wo er einige Stunden später einer Gehirnblutung erlag.

Drohung mit Massenselbstmord

Rom. 363 Patienten einer römischen Lungenheilstätte - sämtliche Soldaten - drohten mit Massenselbstmord, wenn die vom italienischen Verteidigungsministerium angekündigte Schließung des Sanatoriums durchgeführt wird. Die Patienten hatten bereits in der vergangenen Woche den Direktor der Anstalt gewaltsam auf die Straße gesetzt und waren dann in den Sitzstreik getreten, um gegen ihre geplante Verlegung in andere Anstalten zu protestieren. (Nach Reuter)

Badeanstalt und Gasthaus als Folterkammer

Braunschweig. Die Mißhandlung politischer Gegner durch die SA-Hilfspolizei schilderten mehrere Zeugen im Braunschweiger Klagengesetz. Sie sagten aus, daß die Zellen der

Die vor wenigen Wochen von der Kommunistischen Partei durchgeführten internationalen Rhein-Ruhr-Kundgebungen haben ein starkes Echo in der Welt gefunden. Sie wurden als ein Beweis gewertet, daß im Separatstaat Westdeutschland, trotz Besatzungsmächten und der volksfeindlichen Adenauer-Regierung der starke Wille lebt, unseren eigenen Beitrag in der Verteidigung des Friedens gegen die Organisatoren eines dritten Weltkrieges zu liefern. Die Rede Jacques Duclos in einer Pariser Massenversammlung, der von ihm dort an uns gerichtete Gruß ist in einer Zeit, wo die schwerindustriellen Kreise Westdeutschlands und Frankreichs auf dem Rücken beider Völker unter Assistenz der Regierungen Bidault und Adenauer um das Ruhr- und Saargebiet schachern, der Ausdruck höchster internationaler Solidarität der Volksmassen beider Länder. Aus dieser Solidarität wächst die Zukunft aller Schaffenden im Kampf gegen die Europaunion und den Atlantikpakt, mit denen die angloamerikanischen Imperialisten und ihre westeuropäischen Vasallen versuchen, die Kriegsfront gegen den Frieden und Fortschritt zu schmieden.

Der an uns gerichtete Gruß aus Frankreich ist uns Mahnung, unseren Einsatz für das große gemeinsame Ziel zu verdoppeln.

Jacques Duclos an das demokratische Deutschland

„Unter den Kampfgenossen von Karl Liebknecht befand sich ein Mann, der heute Präsident der Deutschen Demokratischen Republik ist, der Genosse Wilhelm Pieck. Indel wir das glorreiche Andenken von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ehren, die die Ehre und der Stolz des deutschen und des internationalen Proletariats sind, erkläre ich folgendes:

Wir sind Gegner der westdeutschen Separatregierung, deren Aufgabe darin besteht, bei der Vorbereitung des von den amerikanischen Imperialisten gewollten antiozeanischen Krieges die erste Geige zu spielen. Wir wenden uns entschieden gegen diese sogenannte Regierung eines nicht entnazifizierten Westdeutschland, das soeben remilitarisiert wurde, und das zu einer Gefahr für unsere Sicherheit wird und gegen eine Regierung, die Frankreich sein Recht auf Reparationen abstreift.

Aber wir grüßen die Kräfte des Friedens und der Demokratie, die in Westdeutschland von der Kommunistischen Partei Deutschlands geführt werden, und wir grüßen in der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik den Ausdruck einer Politik, die den Erfordernissen der Völker, die Opfer der Hitleraggression wurden, und die dem Ziel der Sicherung des Friedens entspricht.

Im Jahre 1933 verneigten sich Maurice Thorez und Ernst Thälmann wenige Tage vor der Machtergreifung Hitlers gemeinsam

vor den Gräbern von Karl und Rosa. Damit bekräftigten wir die Verbundenheit unserer Partei mit dem Geiste des proletarischen Internationalismus, dem wir treu bleiben, wie es uns Lenin und Stalin gelehrt haben.“

Die Anklage im Demontage-Prozeß steht auf tönernen Füßen

Das Flugblatt „Fünf Minuten vor Zwölf“ — Das Prestige der Besatzungsmacht wurde allein durch die Demontage selbst geschädigt

Hannover. (E. B.) Auf weichen tönernen Füßen die Anklage steht, zeigt die Vernehmung des Assistenten-Landkommissars Thomas Anton Dillen von Braunschweig. Dillen führte aus, daß das Flugblatt „Fünf Minuten vor 12“ nach seiner Ansicht eine Anstiftung zur Unruhe darstelle und daß eine Befolgung der Ratschläge des Flugblattes erhebliche Unruhestiftungen und damit eine Gefährdung des Ansehens der Alliierten mit sich gebracht hätte.

Auf die Frage des Anklagevertreters, ob ihm bekannt sei, daß es zu Widerzettelungen gegen die Demontage-Befehle gekommen sei, antwortete Dillen mit Ja. Daraufhin fragte der Verteidiger, Dr. Weseig, woher ihm diese Widerzettelungen bekannt seien. Dillen antwortete, daß er davon in den englischen Zeitungen gelesen habe. Auf die Frage des Verteidigers, ob ihm amtlich solche Widerzettelungen bekannt geworden seien, antwortete Dillen, daß es in seinem Arbeitsbereich zu solchen nicht gekom-

men sei, sondern daß sie lediglich mit dem Brigadier Hayn erörtert wurden. Daß das Flugblatt die Sicherheit der Alliierten gefährdet habe, zeige aber die Tatsache, daß nach seiner Verbreitung in Watenstedt zwei Meetings stattgefunden hätten, in denen gegen die Demontage gesprochen wurde. Allerdings konnte er nicht sagen, was dort gesprochen wurde, da er nicht dabei war, und auch diese nur in den Zeitungen gelesen hatte.

Der Angeklagte August Holländer fragte, ob er denn nichts Näheres über die Reden gegen die Demontage wisse und führte zur Begründung aus, daß man die Urteilsfähigkeit des Zeugen erst einmal feststellen müsse, bevor dieser das Flugblatt als gefährlich bezeichnen könnte.

Das Prestige der Alliierten sei nicht durch das Flugblatt, sondern durch die Demontage selbst gefährdet worden.

Bei der weiteren Vernehmung stellte sich heraus, daß die Gefährlichkeit des Flugblattes nach der Ansicht des Zeugen in dem Satz liegt, von dem gesprochen wird, daß die langsame Demontage ein Prestige-Verlust der amerika- und englischhörigen Bonner Regierung bedeute. Zum wiederholten Male brach der Richter die Fragestellung ab und erklärte, daß es sich doch nur um die Ansicht des Zeugen handle. Der Zeuge Thomas Anton Dillen mußte auf Befragen zugeben, daß er sich nicht mit den Reden und Erklärungen zur Demontage beschäftigt habe. Nur einmal und zwar für vier Minuten habe er an einer Protestkundgebung teilgenommen. Dillen behauptete, das Prestige und Ansehen sei dadurch gefährdet, daß nach der Veröffentlichung des Flugblattes zwei Protest-Kundgebungen stattgefunden haben. Vorher hatte er erklärt, daß diese

auser ein Fünf-Minister-Ausschuß gebildet, der das Erwerbslosenproblem „studieren“ soll.

Volkswirtschaftsplan 1950 wird Gesetz

Berlin. Das Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950 wurde von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik einstimmig angenommen und verabschiedet. Die wesentlich höheren Produktionsleistungen, die in diesem Jahre auf fast allen Gebieten der Industrie erwartet werden, werden nach der Ankündigung des Ministers für Wirtschaftsplanung schon in nächster Zeit eine erhebliche Verbesserung der Versorgung mit Industriewaren erlauben. Die Erreichung der Vorkriegserträge und die Aufhebung der Rationierung der Lebensmittel mit Ausnahme von Fett und Fleisch sind die Aufgaben, die dem Landwirtschafts- und Volkswirtschaftsplan 1950 zufallen.

30 000 Facharbeiter mehr

Potsdam. EB. Um rund 30 000 hat sich die Zahl der Facharbeiter im Land Brandenburg im vergangenen Jahr erhöht. In diesem Jahr werden nahezu 4000 Männer und Frauen auf Fachberufe umgestellt, vor allem für die Metall-, Bau- und Holzindustrie.

Meetings von den Gewerkschaften einberufen worden seien. August Holländer stellte klar heraus, daß nur die Demontagen die Unruhe verursachten und daß ein Demontagetag die Ruhe und das angegriffene Prestige herstellen könnte.

Die letzte Stunde des ersten Tages der Verhandlung im Demontagetag-Prozeß brachte die Verlesung des Auftrages des Landesvorstandes der KP Niedersachsen „Fünf Minuten vor Zwölf“.

Selbst das flüchtige Lesen des Dolmetschers konnte den Eindruck nicht verwischen, daß die Verwirklichung der Vorschläge des Landesverbandes der KP Not und Elend von 120 000 Menschen abgewendet und die Basis für die weitere Entwicklung des Salzgitter-Gebietes, dessen Bedeutung selbst der britische Ankläger nicht leugnen konnte, abgeben hätte.

Einen Blick auf den Hintergrund des Prozesses warf eine Frage auf, die von dem Angeklagten Erich Jungmann an Oberst Wirtham gestellt wurde, und in der dieser aufgefordert wurde zu erklären, wer ihm den Auftrag zur Einleitung der Untersuchung gegen die acht Redakteure und Arbeiter-Funktionäre erteilt habe. Der Gerichts-Präsident rettete auch hier wieder, wie so oft an diesem Tage, die Situation und wies darauf hin,

daß Oberst Wirtham als Polizei-Offizier nur die Untersuchung zu leiten und keine Auskünfte über seine Auftraggeber zu geben hätte.

Daraufhin erklärte Erich Jungmann, wenn der Herr Zeuge seinen Auftraggeber nicht nennen kann, dann muß ich annehmen, daß meine Vermutung zutrifft, daß hier ein Exempel statuiert werden soll. Das Gericht vertagte sich auf Mittwoch.

DGB gegen Adenauers Finanzminister

Bundesvorstand bleibt bei seinen Steuerreformvorschlägen — Dr. Schäffer gegen Steuervergünstigung für die Werkstätigen

Düsseldorf. (E. B.) Der Bundesvorstand des DGB hält trotz der Schäfferschen Zurückweisung an seinen Steuerreformvorschlägen fest, teilte uns auf Anfrage die Pressestelle des Bundesvorstandes mit. Auch wenn die Behauptungen Dr. Schäffers zutreffen sollten, daß durch die gewerkschaftlichen Vorschläge ein Steuerausfall von 1,1 Milliarden DM eintreten würde, sei das kein Grund, die Vorschläge zu ändern.

Um diese Summe würde sich nämlich, so betonte die Pressestelle des DGB, dann die Kaufkraft der kleinen und mittleren Einkommen erhöhen. Dr. Schäffer, der Finanzminister des Kabinetts Adenauer, hatte auf einer Sitzung der Steuerausschüsse der

Wirtschaftsverbände die gewerkschaftlichen Vorschläge als „unannehmbar“ bezeichnet. Seine eigenen Vorschläge verursachten nur einen Steuerausfall von jährlich 900 000 DM. Dr. Schäffer vergaß darauf hinzuweisen, daß dieser Ausfall den großen und größten Einkommen zugute kommt. Adenauers Finanzminister führte für seine Ablehnung außenpolitische Rücksichten an. Eingeweihte Kreise vermuten, daß Dr. Schäffer noch nicht weiß, wie die Hohen Kommissare die Vorschläge des DGB aufnehmen. Er glaubt sich gegenüber diesen, seinen wirklichen Auftraggebern, zu sichern, wenn er die Forderungen des DGB grundsätzlich ablehnt. Dr. Schäffer kommt sich besonders sozial vor, wenn er einen scharfen Seitenhieb gegen die hohen „Verbandsbeiträge“ richtete. Er hatte dabei zweifellos die Gewerkschaftsbeiträge im Auge. Dieser rechtste Flügelmann der CSU möchte mit solchen billigen Mätzchen die Gewerkschaften bei ihren Mitgliedern madig machen, um die Werkstätigen der Reaktion auszuliefern.

Appell an deutsche Journalisten

Halle. EB. Zum gemeinsamen Kampf für die Einheit Deutschlands und die Sicherung des Friedens rief der Verband der Deutschen Presse in der Deutschen Demokratischen Republik auf seiner am 21. und 22. Januar in Halle durchgeführten, erweiterten Vorstandssitzung alle deutschen Journalisten auf.

Wie das Büro für innerdeutschen Handel weiter mitteilt, ist die Realisierung dieser Aufträge bisher durch die zuständige Frankfurter Fachstelle verhindert worden, die die Aufträge noch nicht bestätigt hat.

Beschlüsse der Frauenkonferenz in Gelsenkirchen

An die drei Hohen Kommissare

Bad Godesberg

400 Funktionärinnen der Kommunistischen Partei des Landes Nordrhein-Westfalen haben sich zu Arbeitsbesprechungen am 21./22. Januar 1950 in Gelsenkirchen zusammengefunden. Im Mittelpunkt ihrer Beratungen stand die Sicherung des Friedens.

Die Ungewißheit über das Schicksal ihrer Angehörigen belastet noch 100 000 westdeutscher Frauen und gibt bestimmten Kreisen immer neuen Anlaß zur Kriegshetze gegen die Völker des Ostens. Um diese Gefahr für den Frieden zu bannen, ersuchen die versammelten Frauen die Hohen Kommissare, dafür zu sorgen, daß die im Jahre 1945 in Meinungen durch die amerikanischen Besatzungsgruppen aufgeföhene Kartei vermilbert und gefallener Männer den Angehörigen restlos bekanntgegeben wird.

I. A.: Helga Dickel, Gelsenkirchen

Dementi entkräftet nicht Neues Licht auf die Adenauer-Manteuffel-Verhandlungen

Frankfurt/M. (Eig. Bericht) Wie wir aus Kreisen, die der CDU-Bundestagsfraktion nahe stehen, erfahren, trifft das von der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichte Dementi des Bundeskanzlers Dr. Adenauer und des ehemaligen Hitlergenerals und Panzertruppen-Kommandeurs von Manteuffel, in dem Verhandlungen dieser beiden über die Remilitarisierung Westdeutschlands, abgestritten wurden nur insoweit zu, als von Dr. Adenauer persönlich die Rede ist. In Wirklichkeit haben Verhandlungen zwischen General von Manteuffel als Vertreter der Generals-Organisation „Bruderschaft“ und Beauftragten der Bundesregierung über das Thema Remilitarisierung stattgefunden. Als Beauftragte der Bundesregierung fungierten, wie die erwähnten, der CDU-Fraktion des Bundestages nahe stehenden Kreise mitteilen, Herr von Kramer und Herr Helmut Teewag.

Herr Teewag, der 1936 zum Reichsarbeitsdienst gekommen war, ging im Anschluß daran zur Wehrmacht, 1944 schon war er Major in Hitlers Generalstab. Bis Mai 1945, das heißt bis fünf Minuten nach zwölf, war Teewag als Major im OKH bei der Organisation der Versorgung aller Fronten und des Hinterlandes tätig. Wie in den erwähnten, der CDU-Fraktion nahe stehenden Kreisen weiter verlautet, soll Teewag trotz dieser ungewöhnlichen Karriere im Dritten Reich nicht Mitglied der NSDAP gewesen sein. Er ist als entnazifiziert in die Kategorie 4b eingestuft. Seit kurzem ist er Sekretär der Bundestagsfraktion der CDU/CSU in Bonn und ein besonderer Vertrauensmann Adenauers.

Französische Studenten mit Arbeitern solidarisch

Paris. (E.B.) Studenten der Technischen Hochschule in Paris sammelten den Betrag von 2200 Franken zur Unterstützung des Kampfes der französischen Hafenarbeiter, die sich weigern, amerikanisches Kriegsmaterial zu löschen.

Der Friede muß erkämpft werden

Erika Buchmann und Max Reimann vor Frauendelegierten der KPD

Gelsenkirchen. (Eigenbericht) Im Volkshaus Gelsenkirchen sprach Erika Buchmann vor Parteivorstand der KPD vor 400 Frauen-Delegierten von Nordrhein-Westfalen über die Aufgaben der Frauen im Kampf um den Frieden. In einer Entschließung der Delegierten heißt es: „Alle Frauen verabschieden den Krieg und sind bereit, den Frieden zu verteidigen. Das ist der Anknüpfungspunkt, um eine gemeinsame Front aller friedliebender Frauen für diesen Kampf zu schaffen.“

Eine besonders große Bedeutung im Kampf um den Frieden hat der Internationale Frauentag am 8. März, der in diesem

Jahre zum 40. Male begangen wird. Im Bund mit allen friedliebenden Menschen der ganzen Welt werden wir Frauen an diesem Tage in großen Kundgebungen unseren Friedenswillen bekunden.“

Erika Buchmann wies darauf hin, daß Hunger und Krieg einen gemeinsamen Urheber hätten, den Kapitalismus. Bei der Remilitarisierung Westdeutschlands rechne der USA-Imperialismus gerade auf die Frauen. „Die wichtigste Aufgabe aller Kommunistinnen ist, die Friedenssehnsucht und den Friedenswillen der Frauen zu stärken und zum bewußten Kampf um den Frieden zu entwickeln.“

Das Land der erfüllten Wahlversprechen

In jedem kapitalistischen Lande werden in der Zeit vor den Wahlen die Volksmassen mit einer Flut von Versprechungen und Heuchelei überschwemmt. Die bürgerlichen Parteiführer bemühen sich in dieser Zeit möglichst genau nach der Formel Talleyrands zu verfahren: „Die Sprache ist dazu da, die Gedanken zu verbergen.“ In den Verfassungen der bürgerlichen Staaten und in den Wahlprogrammen der bürgerlichen Parteien werden den Bürgern auf dem Papier „Demokratie“, „Gleichheit“ und „Freiheit“ zugesichert und die Wahlsysteme versprechen „freie Willensäußerungen des Volkes“.

In Wirklichkeit haben diese Worte jedoch nur eine einzige schmälliche Funktion: sie sollen die wahren Tatsachen verschleiern. In den bürgerlichen Staaten gibt es keine freie Willensäußerung.

Vermögen, Rasse oder Nationalität, Alter, Bildungsgrad, Ansässigkeit sind nur einige einschränkende Sonderbestimmungen. In den USA und England z. B. besteht ein Vermögenszensus. Für Millionen ameri-

kanischer Neger bleiben die Pforten der Wahllokale stets geschlossen. In Kanada haben die Ureinwohner des Landes, die Indianer, kein Wahlrecht. In Mexiko, Argentinien und einer Reihe anderer Länder dürfen die Frauen nicht wählen. In vielen bürgerlichen Staaten dürfen sich Soldaten nicht an der Stimmabgabe beteiligen. Und den Werktätigen wird das formale Wahlrecht durch Polizeiknüppel und Einschüchterung praktisch beseitigt.

Nach den Wahlen aber führen die bürgerlichen Politiker ihre wahre brutale Politik gegen das Volk weiter. Die Wahrheit in ihren Ländern heißt Kriegszettel statt Friedenspolitik, koloniale Expansion statt friedlicher Zusammenarbeit mit anderen Ländern, Arbeitslosigkeit und Elend statt steigenden materiellen Wohlstandes für den „kleinen Mann“. Die demagogischen Versprechungen haben ihre Gültigkeit bis zur nächsten Wahl verloren.

Ganz anders liegen die Dinge in der Sowjetunion.

Wir brauchen Handel mit dem Osten

Arbeitslosigkeit — eine Folge der Adenauer-Politik

Hamburg. (Eig. Ber.) „Die wirtschaftliche Wiedergesundung Deutschlands fordert geteilt die Wiederherstellung der Einheit des Landes“, erklärte der Leiter der Hauptabteilung Innerdeutschen Handel im Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung der Deutschen Demokratischen Republik, Josef Orlopp, auf einer Tagung des Arbeitskreises für gesamtdeutsche Fragen in Hamburg.

Der innerdeutsche Warenaustausch, so sagte Orlopp, sei ein Bindeglied zwischen den künstlich getrennten Teilen Deutschlands. Die Deutsche Demokratische Republik habe alle nur möglichen Anstrengungen gemacht, um den nicht zuletzt für die westdeutsche Wirtschaft lebensnotwendigen innerdeutschen Warenaustausch zu entfallen. Alle diese Bemühungen seien jedoch an der Haltung der zuständigen Wirtschaftsbehörden der Westzonen gescheitert. Seit dem Abschluß des Frankfurter Abkommens im Oktober vergangenen Jahres seien die Umsätze des innerdeutschen Warenaustausches ständig zurückgegangen. Schuld an dieser Entwicklung, deren Leidtragende die westdeutschen Arbeitslosen sind, tragen die Frankfurter Behörden, die den Warenaustausch bewußt gedrosselt haben.

Orlopp wies darauf hin, daß die von den Anglo-Amerikanern 1948 angeordnete Transitsperre ein Bumerang gewesen ist. Durch die Transitsperre sollte der demokratische Wirtschaftsaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik gehemmt werden. Nach dem Ausfall des Ruhrgebietes haben jedoch die Sowjetunion und die Volksdemokratien in großzügiger Weise geholfen. Jetzt sei klar, daß die von den Anglo-Amerikanern

verhängte Transitsperre in Wirklichkeit ein unerhörter Schlag gegen die westdeutsche Wirtschaft gewesen ist.

Die Früchte dieser, den Interessen der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes entgegengesetzten Politik sind über 1,5 Millionen Arbeitslose und eine Schuldenlast von mehr als 13 Milliarden DM. Demgegenüber wurde in zahlreichen Besprechungen mit Vertretern der westdeutschen Industrie und des Handels immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Zukunft Westdeutschlands nur in der Anbahnung großzügiger Handelsbeziehungen mit Ost- und Südwesteuropa liegen kann, so führte Orlopp weiter aus. Die Deutsche Demokratische Republik habe bewiesen, daß in der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien der einzige Weg für einen wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands liegt.

Frankfurt schießt quer

Düsseldorf. (Eig. Ber.) Einzelheiten über die Verschleppung des innerdeutschen Warenaustausches durch Frankfurter Behörden werden in einer Zuschrift des Frankfurter Büros für Innerdeutschen Handel an den Düsseldorfer „Industriekurier“ mitgeteilt. Danach stehen seit mindestens acht Wochen bei einem volkseigenen sächsischen Textilmaschinenwerk zehn schwere Hochleistungs-Kurbelwellenstühle und eine Konusketten-Schwermaschine versandt, die an westdeutsche Tuchfabriken geliefert werden sollen. Das Frankfurter Büro schätzt die insgesamt an sächsische Textilmaschinenfabriken vergebenen Aufträge auf rund eine Million DM.

Warum wirbt Acheson um Franco?

Ein Teilnehmer am Atlantikpakt und Marshallplan ist noch nötig

Es ist schon nichts Neues mehr, daß Franco-Spanien in den Plänen der Strategen des Atlantikpaktes eine große Rolle spielt, und daß die Kriegstreiber hoffen, aus diesem Lande Kanonenfutter herausziehen zu können, das sie zum Kriege gegen die Sowjetunion suchen, und das sie zu ihrem Leidwesen in den westeuropäischen Ländern nicht in genügender Anzahl finden. Der Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der westeuropäischen Staaten, General Lattre de Tassigny, schüttete, wie die „New York Herald Tribune“ meldet, dieser Tage sein Herz ganz offen aus und gab dem republikanischen USA-Abgeordneten Gavin, den Wunsch mit auf den Weg, „er hätte gerne, daß die spanische Infanterie seinen Streitkräften einverleibt würde“.

Es ist kaum anzunehmen, daß General Lattre de Tassigny diesen Wunsch ausgesprochen hätte, wenn er nicht die berechnete Hoffnung hätte, daß er in den USA ein günstiges Echo finden würde. Diese Annahme scheint sich zu bestätigen. Oder sollte es etwa Zufall sein, daß Außenminister Acheson zum selben Zeitpunkt, an dem General Lattre de Tassigny seinen Herzwunsch aussprach, dem Vorsitzenden der Senatskommission für außenpolitische Angelegenheiten, Senator Connally in einem Brief empfahl, trotz des UN-Beschlusses, keine Botschafter nach Franco-Spanien zu entsenden, dafür zu wirken, daß wieder ein amerikanischer Botschafter nach Madrid gehen soll?

Den Widerstand der europäischen Völker gegenüber dem von Hitler und Mussolini auf dem Wege des blutigen Krieges gegen das spanische Volk in den Sattel gehobenen Franco nennt Mr. Acheson „organisierte Propaganda“. Seltsam mutet es auch an, daß die amerikanische Außenpolitik, die bisher noch nie gegen die Interventionen amerikanischer Generäle in China und Griechenland ihre Stimme erhob, obwohl diese Interventionen dem Willen der Bevölkerung dieser Länder widersprechen, plötzlich „feinfühlig“ geworden ist. Sie bedauert den

Streik in der ganzen kapitalistischen Welt

Berlin. (E.B.) 90 000 streikende Bergarbeiter in den USA haben beschlossen, entgegen der Aufforderung der Bergarbeitergewerkschaft ihren Streik fortzusetzen.

Marokko. Die Eisenbahner in Marokko sind am Montag in einen 24stündigen Streik eingetreten. Die Arbeiter und Angestellten der marokkanischen Elektrizitätswerke kündigen ebenfalls einen Streik an. Die Staatsangestellten, sowie die Lagerarbeiter in den Häfen sind gestern in den Ausstand getreten.

Gibraltar. Die Hafenarbeiter von Gibraltar sind am Montag mit der Forderung auf Erhöhung ihrer Löhne in den Streik getreten.

Haifa. Die Arbeiter der „Vereinigten Erdöl-Raffinerien“ in Haifa haben sich jetzt zu einem unbefristeten Streik entschlossen, um gegen die Massenentlassungen zu protestieren.

Protestdemonstration in Sydney
Sydney. (Raf.) Mehr als 5000 Werkstätige protestierten in Sydney gegen das von Ministerpräsident Menzies angekündigte

Verbot der Kommunistischen Partei Australiens. Der Vorsitzende der Partei, Dixon, erklärte, daß der Plan des Ministerpräsidenten ein Anschlag auf die demokratischen Freiheiten der Werkstätigen sei. Auf der Kundgebung wurde eine Entschließung an die Regierung unterzeichnet, in der die sofortige Freilassung des zu 3 Jahren Zwangsarbeit verurteilten Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Australiens, Sharkey, gefordert wird. Zahlreiche Vertreter der australischen Gewerkschaften erklärten auf der Protestkundgebung, daß der Versuch der Regierung auf den vereinigten Widerstand aller Werkstätigen stoßen würde.

Neuartiger Streik in USA

Washington. Amerikanische Telefonistinnen haben sich eine neue Streiktechnik ausgedacht. Um ihre Forderung auf höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit durchzusetzen, wollen sie den Telefonverkehr der USA von Teilnehmern lahmlegen lassen. Die Gewerkschaft ersucht ihre Dachorganisation, den CIO-Gewerkschaftsbund, Vorkerkungen zu treffen, daß im Falle einer Streikandrohung die sechs Millionen Mitglieder der dem Gewerkschaftsverband angeschlossenen Gewerkschaften gleichzeitig die Telefonleitungen in Anspruch nehmen. Damit würden sämtliche Aemter blockiert und jeder Telefonverkehr illusorisch werden. (Nach Reuter)

Ein Schritt vorwärts

Landesvorsitzungs der KPD Württemberg-Baden

Am vergangenen Sonnabend und Sonntag fand in Stuttgart eine Sitzung des Landesvorstandes Württemberg-Baden der Kommunistischen Partei statt. Nach dem Bericht des Landessekretariats durch den Genossen Julius Schätzle ergriff der Landesvorsitzende Robert Leibbrand das Wort. Eingehend und an Hand zahlreicher Beispiele aus der Landesorganisation nahm er Stellung zu der Resolution der 14. Parteivorstandssitzung über die ideologische und politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Eine eingehende Diskussion, in der eine große Anzahl von Mitgliedern des Landesvorstandes sich positiv zu den Beschlüssen des Parteivorstandes äußerten, fand ihren Niederschlag in der nachstehend abgedruckten Entschließung. Im Mittelpunkt der Besprechungen über die praktische Arbeit der Partei stand als zentraler Gedanke die Stärkung der Friedensbewegung.

Entschließung

Der Landesvorstand stimmt den Beschlüssen der 14. Tagung des Parteivorstandes der KPD vollinhaltlich zu. Er anerkennt die Kritik, die in der Resolution über die ideologische-politische Festigung der Partei an Landessekretariat und Landesvorstand geübt wird, als eine wertvolle Hilfe zur Überwindung der Fehler und Schwächen. In der Partei bestanden und bestehen starke partikularistische Tendenzen. Vom Landessekretariat wurde lange Zeit ernste Schwankungen in der Durchführung zentraler Parteibeschlüsse zugelassen. (Z. B. zögernde Durchführung der Beschlüsse von Herne, ungenügende Beachtung der Resolution des Parteivorstandes über den Verrat der Tito-Clique und über den „besonderen deutschen Weg“.) Die Politik partikularistischer Vorbehalte gegenüber der zentralen Parteiführung hatte zur Folge, daß auch im Verhältnis einzelner Kreise, z. B. Mannheim, zum Landesvorstand partikularistische Tendenzen auftraten. Dies führte weiter dazu, daß die Gefahren politischer Abweichungen und parteifideiler Zersetzungsarbeit nicht rechtzeitig erkannt und das Treiben klassengegenständlicher Agenten erleichtert wurde, wie das Duldsamkeit gegenüber dem Parteifeld Böpple anschaulich zeigt. Funktionäre und Mitglieder müssen aus diesen Fehlern lernen, daß nur eine einheitliche, nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus organisierte und geführte Kommunistische Partei ihre Aufgaben erfüllen kann und daß alle partikularistischen Tendenzen in ihren Reihen ausgemerzt werden müssen.

Die Beschlüsse der 13. Sitzung des Parteivorstandes und des 1. Landesparteitages sind in den Orts- und Betriebsgruppen der Partei angenommen worden. Das darf uns aber nicht darüber täuschen, daß diese Beschlüsse noch nicht von allen Parteimitgliedern in ihrem vollen Inhalt verstanden und konsequent verwirklicht werden, daß die Wach-

samkeit der Partei gegen politische Fehler und Abweichungen und gegen die Zersetzungsarbeit klassengegenständlicher Agenten noch ungenügend ist. Auch noch nach dem Landesparteitag sind von Parteileitungen erste Fehler begangen worden. Die erste Erklärung des Kreissekretariats Mannheim vom Austritt des Parteifeldes Böpple war völlig ungenügend und verhöhnerisch. Sie ist erst nach der Diskussion auf der letzten Landesvorstandssitzung in einer Entschließung der Kreisleitung Mannheim korrigiert worden. Von dem Kreissekretariat Karlsruhe wurde ein Schulungsmaterial über unsere Stellung zur SPD herausgegeben, das die Parteidokumente völlig ignoriert und deshalb ernste politische Fehler in der Einschätzung der rechten SPD-Führung enthält. Eine andere Gefahr ist das Bestreben in vielen Parteileitungen, die Diskussion über die Politik der Partei schnell und ohne gründliche ideologische Klärung der Probleme zu beenden, weil das angeblich von der praktischen Arbeit ablenke, was in Pforzheim so weit geht, daß die dortige Kreisleitung ihre politische Aufgabe als Führung nicht erkennt. Diese Genossen verstehen nicht, daß alle praktische Arbeit erfolgreich bleiben muß, wenn ihr der sichere Kompaß der proletarischen Ideologie, der Marxismus-Leninismus fehlt.

Die Diskussion über die Beschlüsse der 13. Sitzung des Parteivorstandes und des 1. Landesparteitages hat zur politischen Entlarvung einer Anzahl Agenten des Klassenfeindes geführt. Sie wurden nach eingehender Diskussion der Funktionäre und Mitglieder von den Orts- und Betriebsgruppen ausgeschlossen. Bei diesen Diskussionen wurden Unklarheiten beseitigt und falsche Auffassungen überwunden. Es zeigte sich jedoch, daß manche Parteimitglieder, obwohl sie die Brandler-„Thomas-Münzer“- und andere trotzkistisch-titoistische Agenturen ablehnen, trotzdem deren klassenfeindlichen Charakter noch nicht erkannt haben. Bei diesen Parteifeinden handelt es sich nicht um Strömungen in der Arbeiterbewegung, von denen uns nur Meinungsverschiedenheiten trennen, sondern Agenturen des Klassenfeindes, die nur die eine Aufgabe haben, im Auftrag der Imperialisten die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die Kommunistische Partei, zu zersetzen. Der Kommunist, der dies nicht klar erkennt, kann diesen Agenten die auch versuchen, sich in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen eine Basis zu schaffen, nicht mit der notwendigen Konsequenz entgegnet werden.

Der Landesvorstand verpflichtet sich und appelliert an alle Parteimitglieder, auf der Grundlage der Beschlüsse der 14. Sitzung des Parteivorstandes die politisch-ideologische Klärung und Festigung unserer Partei durchzuführen und sie damit zu befähigen, ihre großen und verantwortungsvollen Aufgaben zu erfüllen.

Pressestimmen

Die Rolle Deutschlands im Atlantikpakt
Der amerikanische Hohe Kommissar, John McCloy traf gestern Nacht aus Bonn ein und führte in Paris eine vierstündige Konferenz über die Rolle Deutschlands in der Verteidigung Westeuropas. Auf dem Flughafen Orly wurde er durch W. Auvell Harriman, den Leiter des ECA-Amtes begrüßt, der zugleich Vorsitzender des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Atlantikpakt-Nationen ist...

Aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß die beiden Beamten die Möglichkeit beraten wollen, Deutschland als Übungsplatz für die Atlantikpakt-Nationen zu benutzen. Ferner wird die Möglichkeit der Zuteilung gewisser Geldbeträge aus dem Atlantikpakt-Fonds erwogen, mit dem deutsche Industrien subventioniert werden sollen, die zur Bewaffnung anderer westeuropäischer Nationen beitragen können. („New York Herald Tribune“)

Handlungsfreiheit der französischen Regierung schon begrenzt

Schweigen hilft nichts. Aus jedem großen Hafen Frankreichs treffen hintereinander Nachrichten ein, die beweisen, daß die Hafenarbeiter, die der GGT (bei dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften d. Red.) angehören (und das sind fast alle) erklären, „daß sie sich weigern, amerikanisches Kriegsmaterial zu löschen“, das auf Grund des Atlantikpaktes nun unaufrichtig eintreffen muß. Man kann diese Nachrichten verschweigen oder ihnen wenig Aufmerksamkeit schenken. Sie sind aber dennoch ein ernsthaftes Symptom. Man kann diesen oder jenen Tatbestand verdecken,

aber man kann den wirklichen Zustand, in dem sich die Nation befindet, nicht ändern... Sechs Monate, nach dem wir den Atlantikpakt unterzeichnet haben, müssen wir sehen, wie sich in völliger Freiheit der Anfang einer systematischen Sabotage des ersten Versuches entwickelt, das abgeschlossene Bündnis zu verwickeln. Die Sabotage beginnt in den Häfen, aber sie wird zweifellos an der ganzen Kette fortgesetzt werden, im Transportwesen, in den Montagewerkstätten, dann in den Reparaturwerkstätten und wenn möglich bis in die Reihen der Verbraucher, d. h. in der Armee...

Die Autorität der französischen Regierung scheint in diesem Punkt in ihrer Handlungsfreiheit schon begrenzt zu sein. Sie ist in gewisser Hinsicht nur noch frei, für das Land eine Politik zu wählen unter der Bedingung, daß sie sie nicht zu verwickeln sucht. Nur das Recht, Erklärungen herauszugeben, ist ihr noch übrig geblieben.

„Le Monde“, Paris

Ein unlösbares Dilemma
Es kann keinen Frieden geben, solange französische Truppen in Indochina bleiben, und je länger sie bleiben, desto fester wird Ho-Chi-Minh an den internationalen Kommunismus gebunden werden. Wenn aber die Franzosen Vietnam verlassen würden, dann wäre das Land schon am nächsten Tage kommunistisch. Dies ist das Dilemma, dem sich Indochina und infolgedessen auch Malaya und das übrige Südostasien gegenübersehen. „The Observer“, London

W.F.C.

Neue Wege in der Veränderung der Natur

Blick in die sowjetische Landwirtschaft von Professor Otto Urbach-Hannover

In der Sowjetunion wurden die Formen einer echt sozialistischen Landwirtschaft geschaffen. Man kann sie mit drei Begriffen: Kollektivlandwirtschaften (Kolchosen oder Genossenschaftsgüter), Staatsgüter (Sowchosen) und Maschinen-Traktorenstationen umschreiben. Der sowjetische Kollektiv-Bauer ist eine neue und fortschrittliche Erscheinung in der Geschichte der Landwirtschaft.

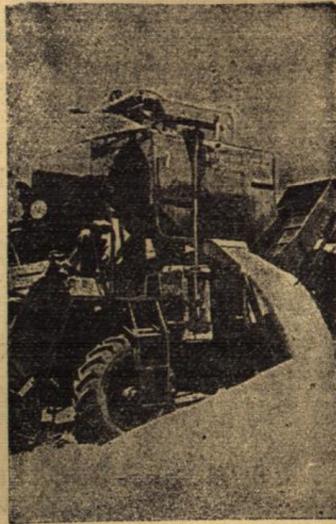
In enger Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlicher Forschung auf der Grundlage eines schöpferischen Darwinismus und der praktischen Arbeit in den Kolchosen und Sowchosen werden in der Sowjetunion neue Wege bei der Organisation der Arbeit und der Wirtschaft sowie beim Anbau der verschiedensten Kulturpflanzen und bei der Züchtung und Haltung der landwirtschaftlichen Nutztiere beschritten.

Der deutsche Biologe und Landwirt kann aus der sowjetischen Landwirtschaft manche Anregung gewinnen. Es ist daher zu begrüßen, daß der „Deutsche Bauernverlag“ Berlin NW 7 eine Auswahl von Aufsätzen aus sowjetischen Zeitschriften in einer ausgezeichneten Uebersetzung von Dr. Werner Höppner und Hans Zander herausgebracht hat. Hier erhalten wir einen umfassenden Überblick über alle die sowjetische Landwirtschaft beschäftigenden Probleme.

Die Natur wird korrigiert

Ueber die künstliche Zusatzbestäubung der Kulturpflanzen berichtet der Stalinpreisträger A. Mussijko. Die Ertragsfähigkeit der fremdbestäubenden Kulturpflanzen wie Mais, Sonnenblume, Roggen, Hanf, Luzerne hängt weitgehend ab von der Bestäubung. Diese geschieht gewöhnlich durch Wind, so zum Beispiel beim Getreide, oder durch Insekten. Infolge ungünstiger Wetterverhältnisse kommt es oft vor, daß viele Blüten unbefruchtet bleiben. Die Folgen unzureichender Bestäubung sind ein unzureichender Ertrag. Beim Mais sind oft 30 Prozent aller Kolben nur lückenhaft besetzt, bei der Sonnenblume oft 25 Prozent der Blüten ohne Samen, bei Hanf und Luzerne meist fast die Hälfte der Blüten taub. Folglich

Ernte in der SU.



Die Ernte auf der Getreidesowchose „Gigant“ (Gebiet Rostow) ist im vollen Gange. Täglich liefert die Sowchose 50–60 000 Pud Weizen in den Staatsspeicher (1 Pud = 16 kg). U. B. z.: Ein Mährescher „Stalnze 4“ beim Abladen des Getreides

muß eine künstliche Zusatzbestäubung durchgeführt werden. Im Jahre 1950 wurde ein zweckmäßiges Verfahren der Zusatzbestäubung auf mehr als 600 000 Hektar angewandt, und zwar für Mais, Sonnenblumen, Roggen, Buchweizen, Hanf, Hirse und Luzerne.

Der Handschuh als Helfer

Aus der Praxis der künstlerischen Zusatzbestäubung erfahren wir zum Beispiel: Zur Bestäubung von Mais schreitet man in der Zeit, da die Narben massenhaft aus den Schutzhüllen der Kolben hervortreten. Dann sammelt man reichlich Blütenstaub von gut entwickelten Rispen gesunder Pflanzen und überträgt ihn auf die Narben der Kolben. Meist mittels einer Bürste aus weicher Wolle. Neuerdings hat man aber auch besonders konstruierte Bestäuber hergestellt. Sonnenblumen bestäubt man mittels eines dafür geschaffenen Handschuhes, durch welchen man den Blütenstaub der Sonnenblumen-Blütenkörbe von einer Pflanze zur anderen überträgt. Die Zusatzbestäubung des Roggens erfolgt durch Schütteln der blühenden Pflanzen mit Hilfe gewöhnlicher Leinen. Dadurch werden die Pflanzen mit Blütenstaub umhüllt und somit

Umformer der Natur



Im Gewächshaus des Zentralen Genetischen Laboratoriums in Mitschurinsk werden vegetative Hybriden verschiedener Tomatensorten gezüchtet. Eine chemische Analyse ergab eine bedeutende Erhöhung des Vitamin-C-Gehaltes in den Früchten. U. B. z.: Der Direktor des Laboratoriums L. Gorskow überprüft vegetative Tomatenhybriden.

Voraussetzungen für eine genügende Bestäubung der Blüten geschaffen.

An erster Stelle in der Welt

Der Reichtum der Sowjetunion an Kulturpflanzen ist außerordentlich groß. Viele heute angebaute Kulturpflanzen legen Zeugnis ab von konzentrischer Arbeit und Energie und von der Erfahrung vieler Generationen.

In bezug auf die Größe der Weizenanbaufläche und der Weizenproduktion steht die Sowjetunion in der Welt an erster Stelle. Die Sowjet-Union liefert etwa ein Viertel der Weltproduktion an Weizen. Von den zur Zeit bekannten 15 Weizenarten werden 13 in der

Im Kolchoso-Laboratorium Gorki Leninskiie



Eine Aehre des Zweigweizens, die auf den Feldern dieser Kolchoso gezüchtet wird. Sie wiegt mehr als fünf Aehren einer gewöhnlichen Sorte.

Sowjetunion angebaut, darunter die winterhärtesten und dürrbeständigsten Sorten der Welt. Bereits Charles Darwin legte um 1875 besonderes Interesse an den Tag für die harten Weizensorten im Südosten Rußlands. Durch die Anwendung der durch Mitschurin und Lyssenko entwickelten Theorien wurden Zuchtsorten des Weizens mit hervorragenden Eigenschaften und großem Ertrage geschaffen. Von ihnen sei nur die Weizen-Quecken-Hybride 599 genannt. Diese Sorte wurde durch Kreuzung der Roggen-Weizen-Hybride 46/131 mit der blaugrünen Quecke, also einem ausgesprochenen Unkraut, erzielt. Die so gezüchtete Sorte ist hoch ertragreich und erstaunlich winterfest, hat die besten Backeigenschaften und außerdem große Widerstandsfähigkeit gegen Pilzkrankungen.

Es gibt hienieden Brot genug

Die Anwendung der „gelenkten Veränderung“ der Natur der Pflanzen in der praktischen Züchtungsarbeit führte zu bisher unwahrscheinlichen aber tatsächlich erreichten Rekorderträgen. Die Mitschurinsche Theorie der Erziehung und der gelenkten Veränderung der Natur der Pflanzen, wie sie Lyssenko weiter entwickelt hat, hat in der Praxis dazu geführt, daß die Sowjet-Union heute die am schnellsten reifenden, dürrbeständigsten und winterfestesten Formen der Welt mit dem hervorragendsten Korn-, Mehl- und Brotqualitäten besitzt. Auch die übrige Welt mußte das anerkennen, so erwies sich zum Beispiel als beste Winterweizensorte für Süd-Norwegen die Sorte Heid, die letztlich aus dem Nordkaukasus stammt. Der in der Mandschurei angebaute Weizen besteht in der Hauptsache aus Sorten, die in der Sowjet-Union gezüchtet wurden.

Die praktische Biologie der Sowjet-Union wagt kühne Experimente. Es werden Kreuzungen von Tomatenbäumen mit Tomaten, Erbsen, mit Akazien und anderen landwirtschaftlichen Kulturen ausgeführt. Der Sowjetstaat unterstützt diese praktische Biologie

in jeder Weise. Kennzeichnend sind dafür die Worte, die Stalin an den Mitschurinschüler Zizin — der bekannt geworden ist durch seine Kreuzungen des Weizens mit der Quecke! — richtete: „Experimentieren Sie kühner! Fürchten Sie keine Fehler! Wir werden Sie unterstützen!“

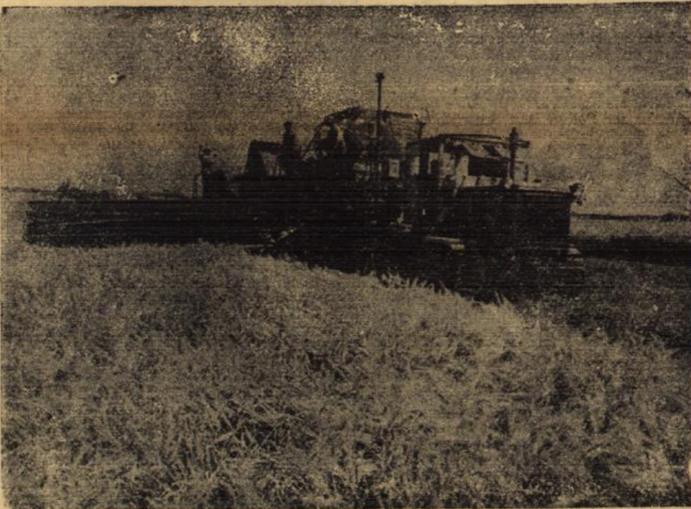
Neue Arten entstehen



Moskau. In den Moskauer Treibhäusern und auf den Feldern des Instituts für Getreidewirtschaft werden neue Arten von langjährigem Weizen gezüchtet. Es werden Kreuzungen von Tomatenbäumen mit Tomaten, Erbsen mit Akazien und anderen landwirtschaftlichen Kulturen ausgeführt.

Unser Bild zeigt: der älteste Mitarbeiter O. F. Lapschenko prüft die überreifen Pflanzen des langjährigen Weizens, die schon zweimal geerntet wurden.

Im Bezirk Krasnodarsk



Ernte des Winterroggens auf der Kolchoso „Poliotdel“ mit Hilfe von riesigen Mähreschern.

Der Forscher Mitschurin Von Josef Baudy

Haben Sie schon einmal in einen Holzapfel gebissen? Wenn nicht, dann rate ich Ihnen, den Versuch gar nicht erst zu machen. Er schmeckt wirklich scheußlich, dieser Wildling. Und doch ist er der Urgroßvater unserer herrlichen Goldparmäne, Renette, Ontario, um derentwillen schon mancher unserer Leser eine Bodenseereise gemacht hat. Durch gutes Zureden allein ist aus unserem kleinen Wildapfel natürlich kein Tafelobst geworden; in diesem Entwicklungsgang steckt viel Arbeit und Mühe, und darüber hinaus noch allerhand Ueberlegung. Durch künstliche Auslese nützlicher Erbmerkmale gelangten unsere Pflanzenzüchter (oder auch Selektionäre genannt) zu unseren heutigen Hochleistungsobstsorten. Ueberhaupt: Sämtliche Kulturpflanzen mußten durch Selektion aus Wildformen entwickelt werden. Die Urahnen unserer Getreide- und Hackfruchtarten würden wir kaum noch als Verwandte der heutigen kultivierten Formen erkennen.

Diese vielfache Auslese und künstliche Hochzüchtung bestimmter, Geschmack, Form, Größe usw. betreffenden Eigenschaften hat aber auch Nachteile im Gefolge. Unsere Kulturpflanzen sind anfälliger geworden gegen Erkrankungen und Schädlingsbefall, empfindlicher gegen Kälte oder Dürre; mit einem Wort, sie sind mehr oder weniger degeneriert. Diese Tatsache stellt immerhin eine Gefahr dar für die Ernährungssituation einer sich rasch vermehrenden Bevölkerung, insbesondere in den kapitalistischen Ländern, wo aus Profitgründen ausgedehnte Monokulturen betrieben werden. Außerdem ist die Zahl unserer Pflanzen, d. h. also die Zahl der Pflanzen, die wir uns für Ernährungs- und gewerbliche Zwecke

nutzbar gemacht haben, erstaunlich gering. Während die Gesamtzahl der Pflanzen ungefähr 200 000 Arten umfaßt, kultivieren wir in den verschiedenen Ländern etwas über 2000 Arten, also nur etwa 1 Prozent davon. Und selbst davon werden nur 50 bis 60 Arten in größerem Maßstabe angebaut.

Man hat diesen Tatsachen im Lande der sozialistischen Planwirtschaft, in der Sowjetunion, naturgemäß größte Beachtung geschenkt. Gewaltig war die Aufgabenstellung für den landwirtschaftlichen Sektor innerhalb der vergangenen Fünfjahrespläne. Riesengroße, bisher unbesiedelte Gebiete mit den extremsten klimatischen Bedingungen mußten landwirtschaftlich erschlossen und genutzt werden. Sowjetische Agronomen stießen in polarnahen Gebieten mit dauerndem Bodenfrost ebenso vor wie in heißen, trockenen Wüsten. Dazu brauchte man neue Pflanzen, mit neuen Eigenschaften ausgestattet, die da Fuß fassen konnten, wo ein Anbau bislang unmöglich erschien. Ebenso mußten in den alten Anbau-



Der Mitschurin-Schüler Jewrenew züchtete 35 verschiedene Obstsorten. Ihm gelang die Züchtung eines Weizens, der sich in vielen Bezirken Westsibiriens akklimatisiert hat.

wirtschaftsministeriums Mitschurin einen erheblichen Betrag für seine Pflanzensammlung bot — ein Angebot, welches Mitschurin im Interesse seines Vaterlandes ablehnte —, konnte die zaristische Regierung nicht umhin, ihn anzuerkennen und zu unterstützen. Großzügige Förderung und wirkliche Anerkennung seiner großen Verdienste erfuhr Mitschurin aber erst nach der siegreichen Oktoberrevolution. Das Land der Arbeiter und Bauern stellte dem genialen Wissenschaftler Mittel und Hilfskräfte zur Verfügung, um seine Forschungen und Neuzüchtungen in ausgedehntem Maße weiterzuführen. Das ganze Sowjetvolk nahm Anteil an seiner Arbeit und verfolgte mit freudigem Interesse die Entstehung neuer Hybriden aus der Hand ihres Schöpfers Mitschurin. In lebendiger Wechselwirkung zwischen Praxis und Theorie schuf er die Grundlagen einer neuen revolutionären Pflanzenzüchtung. Mitschurin zeigte, daß die Hybridisierung (Kreuzung verschiedener Arten) in der Hand des Menschen eine machtvolle, revolutionäre Methode für den Sieg über die Natur war, ist und sein wird. Mitschurin wurde zum Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften ernannt. Trotz starker Gegnerschaft fand er gebührende Anerkennung bei den Fachleuten anderer Länder. Er war eine internationale Autorität auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung geworden.

Im Jahre 1935 schloß Mitschurin die Augen für immer. Sein Tod war ein herber Verlust für die ganze Menschheit. Seine zahlreichen Schöpfungen war wachsend und gedeihen. In den Jahrzehnten seines Schaffens hat er der Welt viel geschenkt. Zehntausende Agronomen in der Sowjetunion sind dabei, seine Arbeiten fortzusetzen und ihm nachzueifern, zum Wohle der Völker der Erde.

gebieten die Risiken von Mißernten durch Anbau neuer, verbesserter Kulturpflanzen vermindert werden. Und da war ein Mann, der unvergeßliche Pionierdienste leistete, — es war Mitschurin.

Schon im alten zaristischen Rußland beschränkt der als Sonderling kaum beachtete Pflanzenzüchter neue Wege. Gegenüber den üblichen Methoden der einfachen Auslese waren seine Kreuzungen zum Teil weit entfernter Arten direkt revolutionär. So kreuzte er Apfel mit Birne und erhielt eine neue Frucht mit großem Wohlgeschmack. Oder er zog aus der Rogneda-Kirsche und der wildwachsenden Weichselkirsche einen Bastard (Hybride) mit hervorragenden Eigenschaften. Eine weitere Kirschenart, deren Züchter Mitschurin war, ist die vielfach angebaute Sorte „Ideal“, entstanden aus der samarischen wilden Steppenkirsche, deren Blüten er mit den Pollen der amerikanischen Pennsylvania-Kirsche bestäubte. Desgleichen schuf er aus Reineclaude und wildem Schledorn eine köstliche Pflaumensorte oder aus der wilden Ussuribirne und Bergamotte eine neue herrliche Birnensorte. Die wilde Aktinie verwandelte Mitschurin in einer Kulturpflanze und gab damit den Bewohnern nördlicher Anbaugelände einen ausgezeichneten Weintraubensatz. Aus sibirischen Wildpflanzen züchtete er eine Reihe frostharter Obstkulturen, die in Gebieten angepflanzt wurden, in denen ein Obstbau bisher infolge klimatischer Bedingungen nicht möglich war. Trotz dieser Erfolge, die nach vielen Rückschlägen und Enttäuschungen erungen waren, unterstützten die zuständigen zaristischen Regierungsstellen den Züchter Mitschurin nicht, sondern bereiteten ihm noch Schwierigkeiten mannigfaltigster Art. Erst nachdem der amerikanische Agronom Fairchild im Auftrage des amerikanischen Land-

Grundsätze!

Auch das Freiburger Theater steht wieder einmal im Mittelpunkt einer Diskussion, die wegen des Defizits der Stadt Bühnen dazu führt, daß man bereits von einer Theaterkrise spricht. Die Einsichten der SPD-Stadtratsfraktion brachten daher einen Antrag ein, der die Zustimmung der Fraktion zur Weiterführung des Spielbetriebs davon abhängig macht, daß keine städt. Mittel für weitere Bauarbeiten am Theater im Jahre 1950 aufgewendet werden. Der OB, der den Ausbau der Theater-Festhalle plant, wozu er Steuer-mittel braucht, setzte natürlich alles daran, um den Antrag abzulehnen. Zunächst schien es, als ob die SPD bei ihrer Entschloßung bleibe, da sich vor allem Käthe Seifried und die SPD-Stadträte Thoma und Schieler dafür einsetzten. Dann wollte Stadtrat Kappes dem OB eine goldene Brücke bauen, in dem er feststellte daß die SPD bereit sei, den Antrag zurück-zuziehen, wenn die allgemeine Zustimmung der Mehrheit des Stadtrats vor-liege. Schließlich machte Stadtrat Rie-mensberger einen anderen Kompromis-vorschlag, indem er formulierte, daß die SPD ihre Zustimmung zur Fortführung des Spielplans unter der „grundsätzlichen Voraussetzung“ gebe, daß 1950 nicht mehr am Theater gebaut würde. Das fand schließlich die Zustimmung des OB, der sich dazu hinreißen ließ, mit der Bemerkung herauszufahren: „Grundsätze werden ja schließlich...“ (über den Haufen geworfen, wollte der OB trotz fort-fahren, wenn es ihm auch gelang, rechtzeitig abzuweichen).

Dieses „schließlich“ des OB und sein nicht mißzuverstehendes Lächeln führte zur Annahme des veränderten SPD-An-trags. Grundsätze werden ja schließlich... (S. r.)

Ein verdienter Jubilar

Freiburg. Am 26. Januar beging Kollege Franz Dressel, Zimmerer, Schwarzwald-str. 42, seinen 75. Geburtstag. Der Jubilar, der sich noch einer guten Gesundheit er-freut, gehört seit 48 Jahren der Gewerk-schaft an und ist heute noch im Funktions-körper der Gewerkschaft Bau-Steine-Er-den aktiv tätig. Die besten Wünsche beglei-ten ihn auf seinem ferneren Lebensweg.

Gewissenszwang der CDU-Diktatur

Staatsgerichtshof mißachtet die Verfassung / 17 konfessionslose Lehrer auf die Straße geworfen

Freiburg. Zu unserem gestrigen Artikel „Es geht um die Gewissensfreiheit“, in dem wir das Recht der konfessionslosen Lehrer in Südbaden auf volle Gleichberechtigung bei der Anstellung an badischen Schulen behandelten, erfahren wir heute, daß der süd-badische Staatsgerichtshof, dessen Vorsit-zender Dr. Zürcher ist, die Klage der SPD-Fraktion abgelehnt hat. Wie vorauszu-sehen war, stützt sich die Justiz, deren reaktionä-rer Charakter in Südbaden wir bereits meh-re Male beleuchteten, dabei auf die Bestim-mung in der Verfassung, daß die badis-chen Schulen „Simultanschulen mit christ-lichem Charakter im überlieferten Sinne“ seien.

badischen Kultusministerium entlassen worden sind, einfach auf die Straße ge-worfen worden. Der „soziale“ CDU-Staat er-klärt, daß es für sie in Baden keine An-stellung geben könne. Was weiter gesche-hen soll, kümmert ihn nicht.

Deutschen Demokratischen Republik. Aber jedenfalls ist es Tatsache, daß dort nie-mand, weil er sich zum Christentum be-kennt, seiner Existenz beraubt wird.

Damit sind 12 badische Lehrer, die kei-ner Konfession angehören und vom süd-

Da hetzt man und schreit über die ange-bliche Unterdrückung des Glaubens in der

Aber noch etwas anderes ist damit aufs neue bewiesen worden: die reaktionären Kräfte, die CDU-Diktatur in Südbaden, den-ken gar nicht daran, die verfassungsmäßigen Rechte zu sichern. Sie beweist, was schon der deutsche Arbeiterführer Lassalle gelehrt hat: „Verfassungsfragen sind Machtfragen“.

Wieder Verschleppung der Wiedergutmachung

Jetzt lehnt Durchführungsverordnung / Versammlung der VVN Konstanz

Die Opfer des Faschismus führten ver-gangenen Sonntag im Bauhof eine gut be-suchte Generalversammlung durch. Die vorgesehene Erläuterung des nun in Süd-baden endlich zur Annahme gelangten Wiedergutmachungs-Gesetz durch Regie-rungsrat Bechinger, mußte allerdings we-gen der noch fehlenden Durchführungs-Verordnung auf die nächste Versammlung verlegt werden. Es konnte aber soviel ge-sagt werden, daß das vom südbadischen Landtag verabschiedete Gesetz bei weitem nicht den Erwartungen entspricht, die dar-auf gesetzt worden waren. Nach der er-folgreichen Verzögerungstaktik in der Ge-setzesverabschiedung durch die in der CDU verankerten reaktionären Kräfte, wird nun versucht, dieselbe Methode in der Realisie-rung der Ansprüche zur Anwendung zu bringen.

In regelmäßigen monatlichen Zusammen-künften wird die VVN sich in Zukunft mit allen entsprechenden Angelegenheiten be-fassen und in Anlehnung an den Landes-verband und die Parteien die Interessen der Mitglieder energischer in Schutz nehmen.

Die hervorstechenden Vorkämpfer der Demokratie, die gerade in Baden im Jahr 1948 zum Durchbruch kamen, würden sich wahrlich schämen, solche reaktionären Entscheidungen eines Gewissenszwanges als „Badische Tradition“ ausgegeben zu sehen.

Aus verschiedenen Anfragen an den Vorstand, konnte eine stark diskreditie-rende Haltung auch Konstanz der CDU - Persönlichkeiten (Bürger-meister Schneider, Stadtrat Federspiel) gegenüber den Opfern des Fa-schismus festgestellt werden. Der Vor-stand der VVN wies in diesem Zusammen-hang ausdrücklich darauf hin, daß die Kon-trollratsgesetze zum Schutze der Anti-faschisten sich noch immer in Kraft be-finden.

Dem bisherigen Vorstand, Vincenz Kerle, Josef Dettinger, Reg.-Rat Bechinger, Paul Raddatz, wurde durch Neu-wahl das Vertrauen der Mitglieder ausge-sprochen. Zur Entlastung des Kassiers wurde für Petershausen Kamerad Maßner mit der Kassierung beauftragt. An Stelle der ausgeschiedenen bisherigen Schriftfüh-lerin Fri. Mattner wurde Kamerad Frank gewählt. Zur bevorstehenden Wahl des Landesvorstandes werden als Delegierte der Ortsgruppe Konstanz der 2. Vorsit-zende Kamerad Dettinger und Schriftfüh-rer Frank nach Freiburg entsandt werden. Die nächste Versammlung der VVN Kon-stanz wurde auf den 26. Februar, 14.30 Uhr, im Bauhof festgelegt.

Wir bezweifeln schon im letzten Artikel ob der Staatsgerichtshof die richtige Stelle ist, um gegen die reaktionären Maßnahmen des CDU-Kultusministeriums sein Recht durchzusetzen. Aber es wäre falsch, wenn sich die Lehrer jetzt mit dieser Entscheidung abfinden würden. Es geht um ihre Existenz um ihre Lebensgrundlage. Denn was sollen sie machen, wenn sie keine Anstellung mehr bekommen? Und dann noch eins: heute sind es die ehre. Morgen werden es die Sin-anten sein und übermorgen die Studenten!

Wir hören heute

- Deutschlandsender:
Donnerstag, den 26. Januar 1950
8.00 Nachrichten; 12.50 Für die arbeitende Jugend; 13.00 Nachrichten; 15.00 Kinder-funk: Wir singen vor, und ihr singt mit; 15.20 Für Arbeitslose; 17.10 Westdeutscher Frauenfunk; 17.25 Landfunk; 17.35 Hörer sagen - Hörer fragen; 18.00 Lieder und Tänze aus der UdSSR; 18.40 Aus Deutsch-land rechts der Elbe; 19.03 Nachrichten; 21.00 Für Westdeutschland; 21.35 Für die Jugend; 21.45 Sportecho; 22.00 Nachrichten; 23.15 Für die Geistesschaffenden; Sowjet-Literatur; 23.30 Alte und neue Arbeiter-lieder; 23.45 Für den Arbeiterfunktionär.
- Radio Leipzig
7.00 Nachrichten; 8.15 Schulfunk: Betriebe berichten über ihre Planerfüllung 1949; 12.00 Nachrichten; 12.25 Musik zum Mittag; 14.30 Schulfunk: Lenin-Gedenksendung zu seinem Todestag; 15.00 Kammermusik für Bläser; 15.30 Kinderfunk: Wir singen ge-meinsam; 19.30 Nachrichten; 21.00 Jugend-funk: Eintritt frei! Jugendliche zahlen die Hälfte; 21.30 Kammermusik am Abend: Duo für Violine und Klavier, op. 162, von Franz Schubert; 22.00 Nachrichten: Für Westdeutschland; 24.00 Nachrichten.

Höher die Löhne

Die Milch- und Butterpreise steigen / Die Lage der Werktätigen wird untragbar / Kampf um höheren Lohn

Freiburg. Am Dienstagmittag kam in unsere Redaktion eine verzweifelte, auf-geregte Hausfrau, die berichtete, daß sie für ein Viertelpfund Butter 73 Pfennige hatte zahlen müssen. „Was soll ich denn nur machen? Mein Mann arbeitet von früh bis spät und meine Kinder verlangen schließlich nach einem Butterbrot, wenn sie aus der Schule kommen. Jetzt aber kostet plötzlich ein Pfund Butter 32 Pfennige mehr als früher. So viel kann mein Mann nicht verdienen, daß wir bei den Preissteigerun-gen der letzten Zeit überhaupt noch nach-kommen!“

Gas, Gebühren und Straßenbahnfahrten „einige Pfennige mehr“ zahlen muß oder nicht. Diese Herrschaften haben ein ge-sichertes Gehalt und die Sorgen der kleinen Arbeiter und Angestellten gelten ihnen nichts. Die Kommunistische Partei aber wird nicht eher ruhen, bis alle Kräfte mo-bilisiert sind, die erneuten Angriffe auf den Geldbeutel der werktätigen Bevölkerung erfolgreich abzuwehren.

Es sind vor allem die Hausfrauen, die mit ansehen müssen, wie der Lohn der Männer unter ihren Fingern in Nichts zerrinnt und sie am Ende jeder Woche Schulden beim Kaufmann haben, die sie oft nicht mehr bezahlen können. Es sind die Hausfrauen, die die Miete, Gasrechnungen, schuldig blei-ben müssen und kein Geld haben, um An-schaffungen für die Kinder und Männer zu machen. Sie werden kein Verständnis dafür haben, daß man um eines scheinheiligen Friedens mit den Unternehmern und der Regierung willen, dem Kampf um einen höheren Lohn ausweicht.

Der Milchhof setzte den Preis fest!

Wir setzen uns sofort mit einem Frei-burger Einzelhändler in Verbindung und erfahren von diesem, daß bereits seit meh-reren Tagen der Freiburger Milchhof die Butter zu erhöhtem Preise abgibt und als Verbraucherpreis pro Pfund 2,82 DM fest-gesetzt habe. Damit wurde also der in-ländische Butterpreis auf eine Höhe gebracht, die dem Preis der aus dem Ausland einge-führten Butter gleichsteht. Während noch angeblich in Bonn über die Preise für Milch und Butter verhandelt werden, schert sich die Breisgauer Milchzentrale einen Dreck um diese Verhandlungen und Diskussionen. Sie läßt sich auch nicht durch Artikel der Gewerkschaftsführung beeindrucken, ein Zeichen, daß es höchste Zeit ist, vom Schreiben endlich zum Handeln überzu-gehen.

Überall Erhöhung der Preise

Es geht heute nicht allein um Milch- und Butterpreise. Im Stadtrat Freiburg wurde beschlossen, daß zukünftig Monatskarten, Wochenhefte und Einzelfahrtscheine einen Zuschlag bis zu 20 Prozent erfahren. Weiter besteht die Absicht, die Gaspreise noch zu erhöhen, obwohl dies bereits erst vor we-nigen Monaten geschehen ist. Nicht anders sieht es beim Brotpreis aus, der nach Weg-fall der Subventionen ebenfalls erhöht wird. Es handelt sich nicht mehr um ein paar Pfennige, sondern um eine unerträgliche Belastung aller Lohn- und Gehaltsempfän-ger, deren Einkommen sich unter dem von den Gewerkschaften errechneten Mindest-einkommen zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfs hält. Die Gewerkschaften haben in der letzten Zeit immer wieder die Parole herausgegeben: Herunter mit den Preisen! Es ist jetzt für jeden, der den Willen hat, die Situation richtig einzu-schätzen, klar, daß diese Losung auf die verantwortliche Wirtschaftsführung West-deutschlands, auf die Regierungen und Un-ternehmer, nicht den geringsten Eindruck gemacht hat. Das war vorauszu-sehen.

Warum wird ausgewichen?

Dabei stehen die Gewerkschaften, wenn sie entschlossen sind, um höhere Löhne zu kämpfen und den anhaltenden Preisstei-gerungen ein endgültiges Halt entgegenzu-rufen, nicht allein. Mit den Arbeitern und Angestellten werden in der selben Front die Bauern kämpfen, denen ausländische Ein-führen und der rigorose Steuerdruck der westdeutschen Regierung den Atem ab-drückt. Es gilt jetzt die Front aller Wer-kstätigen zu schaffen, die entschlossen ist, den Kampf gegen die Preistreiber, gegen die reaktionäre Wirtschaftspolitik der westdeu-tischen Regierung, gegen den Druck der aus-ländischen Konkurrenz, gegen die Abschnü-derung des Handels mit dem Osten, gegen die Versklavung Westdeutschlands durch den Marshallplan, das Ruhr- und Besatzungs-staat zu führen und damit ein einziges, freies Deutschland zu schaffen und die Vor-aussetzung für den von ausländischen Im-perialisten bedrohten Frieden.

Die Gewerkschaften müssen kämpfen!

Käthe Seifried erklärte am Dienstag im Freiburger Stadtrat, als man bei der Be-ratung der Straßenbahntarife war, daß die Kommunistische Partei unter keinen Um-ständen, angesichts der dauernden Preis-erhöhungen und Steuervermehrungen der letzten Zeit zustimmen werde, daß der Straßenbahntarif erhöht wird. Wir können uns noch gut daran erinnern, daß vor eini-gen Monaten Stadtrat Müller gelegentlich der Gebührenerhöhung die gleichen Worte sagte und nur ein spöttisches Lächeln eini-ger anderer Stadträte erntete, denen es im Grunde genommen völlig gleich ist, ob die werktätige Bevölkerung für Butter, Milch,

Es wird jetzt Zeit,

daß die westdeutsche Gewerkschaftsführung von ihrem ohnmächtigen Geschrei endgültig zu Taten übergeht. Die Unzufriedenheit der werktätigen Bevölkerung, die unter dem Druck der steigenden Preise, der zunehmen-den Arbeitslosigkeit und des sich immer mehr verstärkenden Elends täglich wächst, fordert den Kampf gegen die Ausbeuter, den die Gewerkschaftsbürokratie nicht aus-weichen darf, um endlich dem Willen und den Interessen der notleidenden Bevölke-rung Rechnung zu tragen.

„Nur mit Abscheu zurückweisen“

Börner protestieren gegen die Hetze des Südwestfunks

Emmendingen. Von mehreren Hörern des Südwest-Funks erhalten wir nachstehendes Schreiben, mit dem der Kommentator Dr. Klaus Peter Schulz die Rede des Landesvor-sitzenden der KPD, Erwin Eckert, kommentie-re und verdreht:

„Durch die Anzeige in „Unser Tag“ auf-merksam gemacht, hörten wir am 17. Jan-uar die Rede des Landesvorsitzenden der KPD, Erwin Eckert. Noch ehe er zu Wort kam, wurde schon angekündigt, daß seine Rede anschließend im Kommentar des Ta-ges beantwortet wird. Was dann hier Herr Dr. Klaus Peter Schulz gesprochen hat, können die Hörer, die für Frieden und Freiheit sind, nur mit tiefster Abscheu zu-rückweisen. Während des Krieges hörten wir oft den Sender, genannt die „Stimme Amerikas“. So könnte man auch heute za-gen, wenn man den Südwestfunk ein-schaltet.“

Die Hörer des Südwestfunks haben mit ihrem Brief einen Anfang gemacht. Doch ihr

Beispiel muß wiederholt werden, hundert-mal, tausendmal. Wenn die Hörer des Süd-westfunks einmütig und geschlossen ihren Protest gegen die kriegstreiberischen Sen-dungen dieses Senders, der im Auftrag der amerikanischen Imperialisten arbeitet, zum Ausdruck bringen, ist das ein bedeutender Beitrag zur Sicherung des Friedens.

Tagtäglich vergiften Kommentare wie die des Herrn Klaus Peter Schulz die Atmo-sphäre einer Einigung aller friedliebenden Kräfte. Haß und Zwietracht säen, das ist ihre Aufgabe. Sie wollen, daß das deutsche Volk nie mehr einig in einem einzigen Vater-land leben soll. Darum hetzen sie mit plumpen Märschen gegen die Deutsche Demokra-tische Republik, der aber dennoch allein die Zukunft gehört.

Doch die Hörer dürfen sich diese Metho-den nicht mehr länger gefallen lassen. Sie müssen ihre Proteste noch viel stärker und schärfer zum Ausdruck bringen. Es gilt, die Hetze der Kriegstreiber zu unterbinden. Es gilt die Welt vor einem neuen Krieg zu be-wahren!

ihren Brief einen Anfang gemacht. Doch ihr

UMSCHAU IM LANDE

Rentenzahlung beim Postamt Konstanz

Die Renten werden wie folgt gezahlt:
a) Samstag, den 28. 1. 1950, Versorgungs-renten für Kriegsbeschädigte und Hinter-bliebene.
b) Mittwoch, den 1. 2. 1950: Invaliden-, Angestellten-, Unfall- und V. A. P.-Renten. Die Auszahlung erfolgt an beiden Tagen von 8-12 Uhr und von 14-18 Uhr an den üblichen Stellen.
Nachzügler erhalten die Rente vom 2. 2. bis einschließlich 4. 2. 50 am Schalter 3.
Versorgungsrenten, die bis zum 4. 2. 1950 18 Uhr nicht abgeholt sind, müssen dem Kriegsverfahren - Fürsorgeamt Freiburg (Breisgau) zur Verfügung gestellt werden. Eine Benachrichtigung der Empfänger kann künftig nicht mehr erfolgen.

fahrzeug an die Grenze zu fahren, und die-selbe zu überschreiten, um in das Ausland zu kommen. Ein Pkw wurde beschossen, der Ueberfall mißglückte jedoch, da noch andere Fahrzeuge hinzugekommen waren, wobei sie an ihrem Vorhaben gehindert wurden. Von den Tätern wurde ein Bur-sche und das Mädchen! in Waldkirch fest-genommen. Der andere Täter, ein vielfach vorbestrafter 19jähriger Bursche aus Koll-nau, konnte Dank des schnellen Eingrei-fens von Spaziergänger verfolgt und da-durch in Triberg festgenommen werden.

Raubüberfall

Triberg. Am 21. 1. 1950 in den Abend-stunden, versuchten zwei junge Burschen und ein Mädchen auf der Straße bei Si-monswald einen Raubüberfall auf Kraft-fahrzeuge durchzuführen. Die Betroffenen führten eine Pistole mit sich. Während der eine die Kraftfahrzeuge anhalten wollte, stand der andere schußbereit in der Nähe, um es zu beschließen, und damit zum Hal-ten zu zwingen. Sie hatten die Absicht, die Insassen zu berauben und mit dem Kraft-

Zünftige Geselligkeit bei den Skisportlern!

Triberg. Mit dem am letzten Samstag im Hotel „Adler“ veranstalteten ersten „Zunft-abend“ konnte die „Skizunft Triberg“ einen erfreulichen Erfolg für sich buchen. Die unterhaltsame gemütliche Veranstaltung war gut besucht und trug wieder erneut dazu bei, daß Band zwischen den Skispor-tern und ihren Förderern enger zu knüp-fen. Im ersten Teil des Abends sorgten Ansage und Zittertrift mit Tanteinlagen für Unterhaltung, während im zweiten Teil Tanzspiele und nahrhafte Ueberraschun-gen die Stimmung auf Hochform brachte. Die letzten Teilnehmer erlebten noch in den Morgenstunden den Anbruch des herrlichen Wintermorgens, der die Aktiven bereits wieder auf die Bretter und zum großen Teil nach Furtwangen zu den Bezirksmeisterschaften brachten. Der Erfolg des in Triberg zugezogenen ehem. Schliers Gün-ter Erben, welcher den Titel des „Bezirks-meisters der nordischen Kombination 1950“ nach Triberg brachte, gibt der aktiven jun-gen Mannschaft Ansporn und Auftrieb und zeigt gleichzeitig, daß auch die sportlichen Belange bei der jungen „Skizunft Triberg“ in besten Händen ruhen.

Jugend vereinige Dich Einem dauerhaften Frieden entgegen

Waldshut. Im September 1949 erhielt die

Schaukasten von städtischen Arbeitern mit

stündiger Berufsschulzeit als voller Ar-

FDJ-Gruppe Waldshut von Bürgermeister Dietsche (CDU) die Genehmigung zur An-bringung eines Schaukastens an der alten Volksschule in Waldshut. Die FDJ veröffent-lichte regelmäßig ihre Mitteilungen und Pu-blikationen. Am 7. 12. 1949 wurde der FDJ mitgeteilt:

Wir rufen die Jugend! „Staatsersetzendes Material“ nannte das Innenministerium auch die Friedensbot-schaft Stalins an das deutsche Volk. Staats-ersetzend ist für einen reaktionären CDU-Politiker alles, was der deutschen Jugend und der werktätigen Bevölkerung dient. Wie sieht das „staatsersetzende Material“ der FDJ aus?

Die FDJ ruft die Schulentlassenen Lehrlinge, mit ihr für die Sicherung ihrer Lehrstellen, die Schafung von Lehrwerkstätten und die Erhöhung der Lehrlingsvergütung zu kämpfen. Sie ruft die Landarbeiter-Jugend, sich in den Gewerkschaften zu organisieren und mit den FDJern für die Verbesserung ihrer Lage, für menschenwürdige Wohnverhältnisse und das Verbot der Kinderarbeit und Nachtarbeit für Jugendliche zu kämpfen. Sie ruft die Schüler und Studenten zum Kampf für die Freiheit von Forschung und Lehre, eine demokratische Schul- und Hochschulreform, die Erhöhung der Stipendien und die Schaffung sozialer Einrichtungen an den Universitäten. Sie ruft die jungen Umstel-ler und Heimkehrer, mit ihr zu kämpfen für die Verwirklichung ihrer Gleichberechtigung im gesellschaftlichen Leben.

„Es wurde festgestellt, daß der Kasten zur Aushängung staatsersetzenden Materials benutzt wird. Es geht nicht an, daß öffentliche Gebäude, wie es die alte Volksschule immer noch darstellt, für derarti-ge Zwecke benutzt bzw. zur Verfügung ge-stellt werden kann. Die breite Öffentlich-keit hat dieserhalb Beschwerden hier einge-reicht, so daß wir gezwungen sind, die Ihnen erteilte Genehmigung mit sofortiger Wir-kung zu widerrufen. Wir bitten Sie, sich mit dem Ueberbringer an Ort und Stelle zu be-geben und den Kasten zwecks Entfernung aufzuschließen.“

Die FDJ fordert die Schaffung eines eini-gen deutschen Staates, die Wiederherstel-lung der vollen Unabhängigkeit der deut-schen Nation, den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und Ab-zug aller Besatzungstruppen, die Bekämp-fung jeder Kriegspropaganda und Völk-erverhetzung, die Zusammenarbeit und Freundschaft mit allen Völkern und Staaten. Die Deutschlands nationale Selbstbestim-mung achten!

Das sind die wesentlichen Forderungen aus dem Aktionsprogramm der FDJ, aus dem Programm, das dem Deutschlandtreffen der Jugend, Pfingsten 1950 in Berlin, Sinn und positiven Inhalt gibt!

Die FDJ bemühte sich sofort um eine Aus-sprache mit dem Bürgermeister. Es wurde ihr aber mitgeteilt, daß sich die FDJ an den Schuldirektor zu wenden habe, und betont, daß eine Rücksprache erfolglos sein wird.

Die jungen Arbeiter in den Betrieben, die Umsiedler und Heimkehrer, die mit ihr zu kämpfen für die Schaffung und Erhaltung des Arbeitsplatzes! Für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit! Für eine fort-schrittliche Jugendarbeitsschutz - Gesetze-gung, in der eine Arbeitszeit von 40 bzw. 42 Stunden für Jugendliche bis zu 16 bzw. 18 Jahren, ein vierwöchiger bezahlter Erho-lungsurlaub und die Anerkennung von fünf-

Diesen Kampf führt die FDJ ohne Rück-sicht auf den Widerstand irgend welcher CDU-Bürgermeister oder Innenminister bis zum siegreichen Ende!

Landesgefäßausstellung in Offenburg

Auf der ersten Landesschau, die die süd-badischen Rassegefäßzüchter in Offen-burg veranstalteten, schnitten die Züchter aus dem Landkreis Freiburg recht gut ab. In der Abteilung Hühner erzielten Kaiser, Freiburg, auf helle Sussex 2 Ehrenpreise und zweimal sehr gut, Imbery, Freiburg, auf helle Sussex sehr gut, Schneider, Freiburg, auf Plymouth-Rocks sehr gut, Bernauer, Freiburg auf weiße Lachsühner sehr gut, Bühler, Freiburg, zweimal sehr gut auf Alt-steiner und Hyber, Freiburg, zweimal sehr gut auf silberfarbige Italiener. In der Ab-teilung Wassergefäß errang Kern, Frei-burg, 2 Ehrenpreise und zweimal sehr gut auf japanische Höckeranse, und in der Ab-teilung Tauben entfielen auf Dr. Heier, In-tringen, 2 Ehrenpreise und sechsmal sehr gut für enische Kröner, und auf Dr. Esch-bacher, Freiburg, viermal sehr gut für Mal-tesertauben. — Die Ausstellung selbst war ein großer Erfolg für die südbadischen Ras-segefäßzüchter. Über 9000 Personen stäteten ihr einen Besuch ab.

„Unser Tag“ die Stimme der Wahrheit

Neues Leben im Land der Tschuktschen

von Tichon Sjomuschkin

Nach der Konferenz rief Loß Waamtscho in sein Arbeitszimmer, drückte ihm die Hand und sagte:

„Du bist ein tüchtiger Kerl, Waamtscho! Hast eine gut Rede gehalten. So und nicht anders muß man sich für das neue Leben einsetzen. Und solche Menschen, die für Wahrheit und Gerechtigkeit, für ein besseres Leben kämpfen, nennt man Kommunisten. Möchtest du nicht in die Partei der Kommunisten eintreten?“

Waamtscho dachte lange nach. „Loß“, sagte er schließlich, „ich folge gern deinem Rat. Die Lebenswirklichkeit habe ich lange von ferne gesehen. Nun sehe ich sie aus der Nähe. Und ich denke nicht daran, jetzt umzukehren. Ich habe einen wahren Freund gefunden: Dworkin.“

„Ich möchte dich zum Bevollmächtigten des Revolutionskomitees für alle Siedlungen im Nordteil des Kreises machen. Du wirst gelegentlich in die Stammsowjets fahren und ihnen sagen, wie man arbeiten muß. Dworkin wird dir dabei helfen.“

„Gut, Loß, ich bin einverstanden! Jetzt kann ich auch fahren, nachdem ein gutes Hundegespinn von Alitet zu mir herübergewandert ist!“

Als Waamtscho Ljok traf, zeigte er ihm sein Parteibuch. Sie setzten sich auf den Boden eines Walbootes, und Ljok betrachtete aufmerksam das rote Büchlein. Waamtscho sagte ihm, Loß sei Kommunist, und er, Waamtscho, sei ebenfalls Kommunist.

„Was ist das, ein Kommunist?“ fragte Ljok, sein Auge auf das Büchlein geheftet. „Das ist ein Mensch, der das Leben umgestalten will.“

„Das Leben umgestalten?“ fragte Ljok skeptisch. „Ja“, erwiderte Waamtscho fest.

„Bist du denn ein Weißgesicht geworden, daß du dich an so etwas heranwagst? Hast du etwas viele Waren, Flinten und Patronen? Hast du viele Walboote, viele Motoren? Loß hat das alles“, sagte er mit Nachdruck.

„Hast du gesehen, wie Russakow ihm gehorcht? Laß ihn doch selbst das Leben umgestalten! Er ist der rechte Mann dafür. Man darf ihn dabei nur nicht stören.“

„Es ist richtig, Ljok, daß ich keine Waren besitze. Ich bin kein Handelsmann. Aber ich werde Loß helfen, das Leben zu verbessern. Du weißt selbst, wie lang die Küste ist.“

„Helfen...? Und ich kann etwa nicht helfen? Ich bin doch Vorsitzender“, entgegnete Ljok streng, nahm Waamtscho das Parteibuch weg und sagte: „Bleib hier sitzen, ich komme sofort zurück!“

Ljok suchte Loß auf, winkte ihm mit dem Finger und führte ihn abseits zum Ufer einer Lagune. Loß folgte ihm.

„Wohin führst du mich, Ljok?“ fragte er. „Gehen wir, gehen wir! Ich habe etwas Wichtiges für dich.“

Als sie die Lagune erreicht hatten, blickte Ljok auf und sagte: „Ich glaube, du bist ein richtiger Mensch. Auf der Versammlung hast du meine Baidara gelobt. Du bist ein Mann, der weiß, was er will. Damit das Leben besser wird, hast du den Handelsleuten befohlen, auch für die Baidaras Motoren zu bringen. Am besten ist es, wenn die Baidaraleute, die sich einen Motor anschaffen, zu mir gefahren kommen. Ich werde ihnen erzählen, wie man den Motor an der Baidara anbringen muß. Also gut, ich werde dir helfen, das Leben umzugestalten.“

Die Hände auf den Rücken gelegt, stand Loß da und hörte dem Alten aufmerksam zu. Es befriedigte ihn, daß ihm Ljok eine solche Aktivität erwachte. Dieser aber fuhr fort:

„Du glaubst, ich sehe nach wie vor nicht, daß das Leben sich ändert? ... O doch, ich sehe es. Hier mit meinem einen Auge. Es sieht scharf. Es sieht alles. Und die Hand?“

Ljok zeigte die breite Handfläche. „Eine starke Hand! Diese Hand kann viel. Mit dieser Hand habe ich die Baidara gebaut. Sie kann auch ein Walboot bauen, wenn es Bretter gibt. Waamtscho kann kein Walboot bauen, ich aber kann es. Sogar in einem einzigen Winter kann ich es bauen. Einen Motor kann ich nicht machen, aber ein Walboot mache ich.“ Und Ljok fügte leise hinzu: „Well der Motor aus Eisen ist.“

„Ich freue mich sehr, Ljok, daß wir beide zusammenarbeiten werden. Ich freue mich sehr, daß du Vorsitzender des Artels geworden bist. Das ist alles sehr gut. Du hast

dich also endlich für das neue Gesetz entschieden?“

„Ja“, sagte Ljok mit einem befreiten Seufzer. Dann öffnete er die Faust, zeigte Loß das Parteibuch Waamtschos und fragte: „Warum hast du mir kein solches Büchlein gegeben? Waamtscho hast du eins gegeben, mir aber nicht.“

„Und wo hast du es her, Ljok?“ wunderte sich Loß. „Ich habe es Waamtscho weggenommen. Wollte es dir zeigen.“

„Gut, Ljok. Ich denke, ein solches Büchlein könntest du auch haben. Willst du in die Partei der Kommunisten eintreten?“

„Natürlich will ich!“

„Weißt du aber auch, Genosse Ljok, was das für ein Büchlein ist? Setz dich, ich werde es dir gleich erzählen!“

Sie setzten sich auf den Boden, rauchten Papschka aus Ljoks Tabaksbeutel, und Loß erzählte, während er seine Pfeife schmauchte, was das für ein Mensch sein müsse, der ein solches Büchlein besitzt.

Einige Tage später erhielt Ljok nach einer Parteiversammlung das Mitgliedsbuch. Im Weggehen sagte er:

„Morgen veranstalten wir das Walfest, dann werde ich nach Hause fahren. Ich werde den Weg für ein richtiges Leben ebnen.“

Den ganzen Abend trieb sich Ljok allein am Meeresufer umher. Er dachte über das Leben nach und hielt das Parteibuch in der Hand. Seine Kleidung enthielt keine einzige Tasche, in die er das Büchlein hätte stecken können. Er zog also den Tabaksbeutel heraus, steckte es zwischen die Papschkablätter, hängte sich den Beutel wieder an den Gürtel und entfernte sich weiter, immer weiter von der Siedlung. Morgen beginnt das Walfest. Ljok wird auf dem Ehrenplatz sitzen, neben ihm der alte Iljtsch, auf der anderen Seite der Harpunier Kmol. Auch Loß wird da sein. Und wo wird Russakow sitzen? Nun gut, er soll neben Iljtsch Platz nehmen. Er hat immerhin meine Baidara geschickt mit dem Mo-

tor angetrieben. Die Mädchen werden singen und tanzen, auch den Waltanz. Den wird Ljok selbst mittanzen. Wer könnte auch besser zeigen, wie der Wal schwimmt, wie er mit der Schwanzflosse um sich schlägt? Niemand. Nur Ljok kann das. Und dann werden die Jäger ihre Walboote mit Walfleisch beladen und in die Lager zurückkehren. Ueberall werden sie sagen: „Den Wal hat Ljok erlegt. Ljok ist ein großer Walfänger!“

So ging er am Ufer entlang und gab sich seinen Gedanken über das bevorstehende große Fest hin.

Unterwegs stieß er auf einen Findling. Er ließ sich darauf nieder, band den Tabaksbeutel los, aber bevor er sich die Pfeife stopfte, wendete er sich nach Herzenslust an dem roten Büchlein:

„Hm! Sie mal, sieh, wie Ljok auf diesem Papier festgeklebt ist!“ murmelte er und betrachtete verwundert sein Lichtbild.

Dann streckte er die Hand mit dem Parteibuch aus und betrachtete von weitem sein Foto. „Ganz richtig gemacht, mit einem Auge“, lobte er die Arbeit des Funkers, der ihn fotografiert hatte.

(Aus „Brand in der Polarnacht“)

Der sibirische Säugling

Von Horst Lommer

„Drei Ffuchlinge aus der sowjetischen Zone, darunter ein dreie Monate alter Säugling, liefen mit ihrem Fischerboot vor Malmså auf Grund. Die schwedische Küstenwache brachte sie an Land.“

Der Säugling erklärte unserem Po-Berichterstatler, politische Gründe allein seien maßgebend für seine Flucht. Der Entschluß sei freiwillig und ohne Beeinflussung durch Dritte erfolgt. Die Lage der Säuglinge in der Deutschen Demokratischen Republik habe sich weiter verschärft. So werde zum Beispiel die Ausgabe von trockenen Windeln an die saugende Bevölkerung von rein machtpolitischen Erwägungen bestimmt. Wer am lautesten brüllt, der wird trocken gelegt. Säuglinge, die diese Gewaltmethoden ablehnen, bleiben in der Patsche sitzen.

Ebenso verhalte es sich mit dem Stillen. Nur die Schreier könnten mit einer Ammenzuteilung rechnen, während die Wünsche der Stillen im Lande ungestillt bleiben. Ähnliche Zustände herrschten bei den Kriechkindern. In diesen Kreisen habe die Erbitterung bereits zu einer Massenflucht geführt. An der Zonengrenze bei Hof hätten Spaziergänger ein Massenkriechen in westlicher Richtung beobachtet.

Ein politisches Wahlrecht für Säuglinge gäbe es in der Deutschen Demokratischen Republik nicht, während die politischen Säuglinge in Westdeutschland tonangebend seien. Viele Säuglinge seien für Sibirien zwangspflichtig worden, darunter Quälker und andere Spezialisten. Sie dürfen pro Mann nur sechzig Pfund Gepäck mitnehmen. Die Schnuller werden ihnen abgenommen. Er selbst habe schließlich mit seiner Einziehung rechnen müssen.

Darum habe er sich kurzentschieden mit neunundzwanzig anderen politischen Säuglingen zusammengetan und sei in See gestochen. Die Kleinheit des Bötchens, mit dem er das christliche Abendland verließ, sei der Grund dafür, daß er auf Grund gelassen sei, doch bestehe kein Grund dafür, die christliche Seefahrt als solche für den nautischen Fehlschlag verantwortlich zu machen.

Hierauf kam der getretete Säugling auf seine Pläne für die nächste Zukunft zu sprechen. Er wird zunächst nach Berlin fliegen und bei einer Vollversammlung des Ostbüros der SPD den Vorsitz übernehmen. Dann wird er einer Einladung des Bundespräsidenten Heuß nach Bonn Folge leisten. Dort wird er in Begleitung des Volkskanzlers Adenauer und zweier Kriechkinder die Villa des Hohen Kommissars aufsuchen.

„Wir werden uns nicht abweisen lassen“, erklärte der Säugling unserem Po-Korrespondenten. „Wenn uns Mister Cloy vorn nicht hereinläßt, werden wir ihm hinten reinkriechen. Adenauer weiß den Weg!“

Aus „Die Weltbühne“ Nr. 53/49.

„Der Herrscher kommt“

Als bei einer Münchener Masken-Modenschau der Ansager das Modell für den Faschingsprinzen mit den Worten „Der Herrscher kommt“ ankündigte, erschien auf der Bühne ein Soldat der amerikanischen Militärpolizei.

Es stellte sich heraus, daß er sich nur in der Tür geirrt hatte.

Tragödie im Dschungel

Ein Kampf zwischen Elefanten und Tigern, bei dem 400 Zuschauer umkamen

Der Fang wilder Elefanten geschieht, indem die Herde von den Fänger, die auf zahmen Elefanten sitzen, in eine „Keddah“ getrieben wird. Die Keddah ist eine hohe, starke Umzäunung eines großen, dichten Stückes im Dschungel. Sie hat einen Eingang und einen Ausgang. Die alten Elefanten läßt man ungehindert hindurchlaufen. Nur die jungen Tiere sperrt man ein. Darum geht die Fangart in der Regel ohne Schwierigkeiten vor sich. Immer zwei abgerichtete Elefanten nehmen einen jungen wilden zwischen sich und drängen ihn in eine Ecke, wo er mit einer langen Bambusstange und einem dicken Strick von den Treibern festgemacht wird.

Elefantfang beim König von Siam

Alljährlich veranstaltet der König von Siam einen großen Elefantfang. Zu diesem Ereignis werden auch an Weiße Einladungen verschickt und von der einheimischen Bevölkerung nehmen Tausende von Zuschauern teil. Die wilden Elefantenherden werden durch Hunderte von Treibern und zahlreiche zahme Elefanten tagelang getrieben, bis zu der Stelle, wo sich die Zuschauer an der Keddah versammeln. Diese Keddah steht seit langer Zeit beim Tempel von Ayuthia in der Nähe der Hauptstadt Bang-

kok. In dieser Keddah spielte sich vor einiger Zeit eine einzigartige Tragödie ab. Man hatte programmgemäß eine riesige Herde wilder Elefanten gerade in die Keddah getrieben, als man erstaunt bemerkte, daß die bisher so ruhigen Dickhäuter, einschließlich der zahmen, unruhig wurden. Sie klapperten die Ohren, rollten die Rüssel, trompeteten wild und zeigten alle Zeichen steigender Erregung.

Umsonst versuchten die Mahouts, ihre hervorragend dressierten Reittiere zu beruhigen. Sonst ging das Absondern der jungen Elefanten von den Alten wie am Schnürchen. Jetzt aber verweigerten die Jagdelefanten den Gehorsam. Plötzlich klärte sich die Situation in einer Weise, die niemand erwartet hatte.

Tiger in der Keddah

Ohrenbetäubendes Alarmtrompeten aller Elefanten mischte sich mit den gellenden Schreien jener Zuschauer, die im Dschungel-Dickicht standen, als man zwei Körper über die Pallsadewand in die Keddah springen sah. An ihren dunklen Streifen auf dem gelblich leuchtenden Fell erkannte man, daß es Tiger waren. Tausend Kehlen schrien in gleicher Sekunde „Tiger, Tiger“. Was nun vor sich ging, war nur ein Werk von Minu-

ten und trotzdem das gräßlichste Schauspiel, das sich wohl jemals auf einer Elefantjagd oder Tigerjagd abgespielt hat. Rasend stürzten sich die Kolosse auf die beiden Raubkatzen, die wohl ohne es zu ahnen, auf der Flucht in die Elefanten-Keddah geraten waren und nun in wildem Entsetzen versuchten, wieder aus dem Gefängnis herauszuspringen. Da sie aber wegen der vielen Elefanten, die überall im Wege standen, keinen Anlauf hatten, gelang ihnen das nicht. Deshalb rasten sie angstgepeiniget an den Wänden der Keddah entlang, vergeblich nach einem Ausweg suchend und verfolgt von den wütenden Elefanten, deren wahnsinniges Trompeten die Luft erschütterte. Nach wenigen Sekunden waren sie von mächtigen Rüsseln gepackt, zu Boden geworfen und zu Brei zertreten.

Die Pallsadestürze

Der Wucht, mit der sich die Elefantenherde gegen die Pallsadewand geworfen hatte, war sie nicht gewachsen. Der Zaun brach und die wilde Herde raste in die Menge der Zuschauer, unter denen eine Panik ausbrach, die noch dadurch erhöht wurde, daß die Leibwache des Königs den Kopf verlor und sinnlos auf die Elefanten schoß. Das führte nur dazu, daß auch die Gezähnten von maßloser Wut ergriffen wurden. In wenigen Sekunden hatten sie ihre Reiter abgeschüttelt und zertreten und dann wüteten die Rüssel und die alles zermalmenden Beine in der Menge der Zuschauer, die in irrsinnigem Schrecken planlos durcheinanderliefen. Gewaltige Staubwolken wirbelten auf und entzogen die Vorgänge dem an der anderen Seite der Keddah stehenden Hofstaat und seinen Gästen. Als sich der Staub verzogen hatte, war von den Elefanten nichts mehr zu sehen, aber von den Tausenden, die aus Bangkok als Zuschauer zu dieser Jagd hinausgezogen waren, lagen 400 zertreten am Boden.

Kinder klagen an



Heute spaßig — morgen ein Problem

So betitelt ein amerikanischer Pressedienst in Deutschland dieses Bild, das in einem Kinderheim der Stadt Frankfurt in der Böttgerstraße aufgenommen wurde. So lustig wie die Aufnahme heute wirkt, so ernst ist das Problem der unehelichen Kinder, deren Väter Benutzungsoldaten sind. Besondere Schwierigkeiten gibt es, soweit die Väter Neger sind, da Deutsche und auch viele Ausländer wegen ihrer Rassenvorurteile keine Negerkinder adoptieren wollen. So gehen tausende Kinder, wie diese vier hier, in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einem aussichtslosen

Schicksal entgegen. Ein kümmerliches Leben im Waisenhaus. Ein Aufwachen ohne liebevolle Hände, schmutzige Diskriminierung, das wird voraussichtlich ihre Kinderjahre ausfüllen. Die Kinder haben ein Anrecht darauf, als Menschen auch Frohsinn zu erleben, nach ihren Fähigkeiten zu lernen, um später als freie, gleichberechtigte Bürger zu leben.

Das kann ihnen aber nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung garantieren, in der es keine Rassen- oder Nationalitäten-Diskriminierung gibt.

Quellen echten Nationalstolzes

Deutschlands edelste nationale Traditionen verkörpern jene, die aus Liebe zu Deutschland die menschenfeindliche schändliche Vergangenheit schmerzlich empfinden, aufrichtig hassen und bekämpfen. So könnten hier nicht wenige Aeußerungen von Lessing, der Preußen „das sklavischste Land in Europa“ nannte, von Goethe, Schiller und anderen Großen unseres Volkes angeführt werden, in denen sie ihren Schmerz über die deutsche Zerrissenheit und Rücksichtigkeit und untertänigensinnung zum Ausdruck brachten.

Zur Zeit des Nazismus waren jene die Patrioten, die gegen den Faschismus in Deutschland oder auf fremder Erde gekämpft haben. Wer Deutschland wahrhaft liebt, muß heute im Lager des Friedens und der Freundschaft mit allen Völkern stehen und muß in dem amerikanischen Imperialismus und seinen Helfershelfern die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes und des Friedens erkennen. Aus Liebe zu Deutschland wollen wir die Jugend mit Haß gegen die Verbrecher erfüllen, die Deutschland im Laufe seiner Geschichte mit Schmach und Schande befleckten. Die heute Deutschland spalten, wieder in ein Aufmarschgebiet für neue Aggressionen verwandeln, die Jugend gegen andere Völker verhetzen und sie zu Kolonialsklaven und Landsknechten des amerikanischen Imperialismus erniedrigen wollen.

Wer Deutschland liebt, muß gleichzeitig helfen, das deutsche Volk für eine aufrichtige Freundschaft mit der Sowjetunion zu gewinnen. Die Sowjetunion, mit J. W. Stalin an der Spitze, ist die stärkste Kraft zur Unterstützung des Kampfes um Deutschlands Einheit und Unabhängigkeit. Vom

Jahre 1942, in dem Stalin bereits die Vernichtung Deutschlands ablehnte, über den Vorschlag auf der Potsdamer Konferenz zur Bildung einer Zentralregierung für ganz Deutschland, verläuft eine gerade Linie bis zur Unterstützung bei der Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Anerkennung durch die Sowjetunion.

Die nationale Erziehung schließt also die Erziehung zur Freundschaft mit anderen Völkern ein, die die Eigenart und Selbständigkeit der Nationen achtet und ihren „Beitrag zur gemeinsamen Schatzkammer der Weltkultur“ (Stalin) anerkennt.

Kampf gegen westliche Scheinkultur

Jede Nation kann ihren Beitrag für den Fortschritt der Menschheit und den Frieden nur leisten, indem sie vor allem in ihrem eigenen Lande ihren fortschrittlichen Kräften zum Siege verhilft. Gerade darin unterscheidet sich der Internationalismus, der untrennbar ist von einem echten Patriotismus, von dem Kosmopolitismus. Der Kosmopolitismus erzeugt völlige Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Heimat und des eigenen Volkes, zynische Verachtung aller moralischen Bindungen und Verpflichtungen gegenüber der Nation.

Die Ideologie vom „völkerverbindenden Kosmopolitismus“ schwächt die nationale Widerstandskraft, hemmt den Kampf um die nationale Einheit und um einen gerechten Frieden, erleichtert dem amerikanischen Imperialismus die Zerstörung der Unabhängigkeit der Nationen, verschleiert die Unterdrückung und Ausplünderung der Völker und muß zur Vernichtung jeder nationalen Kultur führen.

Ein neuer Typus des Studenten

Auf dem Ausspracheabend des Hamburger Arbeiterkreises für gesamtdeutsche Fragen am Samstag letzter Woche sprach Prof. Dr. Steiniger von der Berliner Humboldt-Universität über den neuen Typus des Studenten, der sich in der Deutschen Demokratischen Republik bildet. Prof. Steiniger wies die in Westdeutschland aufgestellte Behauptung zurück, daß in der DDR die Kinder von bürgerlichen und intellektuellen Eltern nicht studieren dürften. Die Zahl der bürgerlichen Studenten sei nicht absolut, sondern nur im Verhältnis zur Gesamtzahl gesunken. Während 1914 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik auf 100 000 Einwohner 101 Studenten entfielen, seien es jetzt 144, wobei die zusätzlich studierenden Bauern- und Arbeiterkreise entstammten.

In der Deutschen Demokratischen Republik sei das Stipendienwesen so ausgebaut worden, daß es die Studentinnen nicht nötig hätte, ihr Geld als Taximädchen zu verdienen. Der neue Typus des Studenten in der DDR sei lernertrag, aufgeschlossen und kritisch.

Bei seinem Bericht über die Verwaltungsakademie der Deutschen Demokratischen Re-

publik, deren Präsident Prof. Steiniger ist, betonte er die wissenschaftliche Sachlichkeit, mit der dort gearbeitet werde, sei keine Objektivität im westlichen Sinne. Eine objektive Wissenschaft sei nicht möglich, da es keinen objektiven Menschen gebe. Die Schulung an der Verwaltungsakademie, an deren Kursen Minister, Landräte, Theaterintendanten, Leiter kormunaler Werke usw. teilnehmen, sei die höchste und wissenschaftlich anspruchsvollste Schulung für alle, die mit der Verwaltung irgendwie zu tun haben. Dort lerne man keineswegs, sich für unzuständig zu erklären.

Kulturnotizen

In Görlitz wurde die größte Tbc-Heilstätte der Deutschen Demokratischen Republik eingeweiht. Die Heilstätte hat Platz für 400 Patienten.

Eine Sandsteinplatte mit der versteinerten Fußspur eines Chirotheriums (eine ausgestorbene Saurier-Art) fand ein Bauer in Kemback bei Wertheim bei Grabarbeiten in fünf Meter Tiefe.

Darum ist die schonungslose Entlarzung und unerbittliche Bekämpfung dieser Ideologie eine wesentliche Aufgabe der nationalen Erziehung.

Aber auch diejenigen, die „mit Politik gar nichts zu tun haben wollen“, werden von den Einflüssen des amerikanischen Imperialismus erfaßt, indem auf dem Gebiete der Kunst, Literatur und Freizeitgestaltung dekadente Tendenzen, Schund und Schmutz in der Form der sogenannten amerikanischen Kultur eindringen. Diese „westliche Scheinkultur“ zersetzt und zerstört die kulturellen Kräfte des deutschen Volkes und erleichtert die geistige und wirtschaftliche Versklavung, die Herabwürdigung Deutschlands zu einer Kolonie ohne Bewußtsein einer eigenen Kulturtradition und ohne Weiterentwicklung einer nationalen Kultur. Darum ist es eine wichtige Aufgabe der nationalen Erziehung, in unserem Volke, insbesondere in unserer Jugend, einen Abscheu gegen diese zersetzenden Machwerke wachzurufen und das Empfinden für wahre Kultur und ihre Geistesgüter, gute und gesunde Erholung und Vergnügungen zu entwickeln.

Die schonungslose Entlarzung aller reaktionären Kräfte in Vergangenheit und Gegenwart, der unerbittliche Kampf gegen die volksfeindliche Politik des Imperialismus, gegen reaktionäre Ideologien und alle unsere nationale Kultur zersetzenden Einflüsse ist ein wesentlicher Bestandteil der nationalen Erziehung, eine unerlässliche Voraussetzung für die Entfaltung einer aktiven Mitarbeit beim Aufbau eines neuen Deutschlands; denn aus dem Haß gegen die Verderber und Verräter Deutschlands wächst doppelt stark die Liebe zu einem fortschrittlichen, friedlichen, in der Welt geachteten, geeinten Deutschland. Herbert Becher.

In einem Seminar wurde die Frage gestellt: „Wer liebt das deutsche Volk aus ganzem Herzen?“ Es gab einige Genossen, die mit der Antwort zögerten. Sie dachten an Maidanek und Lidice, an Gaskammern und Lampenschirme aus tätowierter Menschenhaut.

Aber nicht nur der Nazismus und seine Schandtaten lasten auf dem deutschen Volk. In unserer Geschichte gibt es viele dunkle Punkte, Ereignisse, deren düstere Schatten bis in die Gegenwart hineinragen. Denken wir nur an alles, was mit Chauvinismus, Antisemitismus und mit dem Begriff „Preußentum“ zusammenhängt: diese Herrschaft des Kommissariats, dem das eigene Volk genau so ein Dreck ist wie fremde Völker, nur Ausbeutungsobjekt und Profitquelle, gut zur Versklavung oder Ausrottung; Preußentum, diese Verbindung von Ueberheblichkeit und Bedientennut. Kadavergehorsam, Rohheit und Brutalität gepaart mit Pedanterie.

Wir lieben unsere Heimat

Und doch! Auf die Frage, ob wir unser Volk lieben, sagen wir ja. Der Nationalstolz ist eines der edlen Gefühle, das allen Kulturvölkern eigen ist. Lenin sagte von den Großrussen: „Ist denn uns großrussischen, klassenbewußten Proletariats das Gefühl des nationalen Stolzes fremd? Gewiß nicht! Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat, wir wirken am meisten dafür, daß ihre werktätigen Massen (d. h. neun Zehntel ihrer Bevölkerung) zum bewußten demokratischen und sozialistischen Leben erhoben werden. Es schmerzt uns am meisten, zu sehen und zu fühlen, welchen Gewalttaten, welcher Unterdrückung, welchem Joch die Zarenschergen, Gutsbesitzer und Kapitalisten unsere schöne Heimat unterwerfen... Wir sind erfüllt vom Gefühl nationalen Stolzes, denn die großrussische Na-

Wahre und falsche Patrioten

Aber aus Liebe zu Deutschland hassen wir auch Junker und Monopolisten. Die in der Vergangenheit und in der Gegenwart das Wort Vaterland im Munde führen, aber ihren Geldsack und ihre Rittergüter meinen. Ihre Eigensucht kam selten so brutal zum Vorschein wie in der Sitzung des schleswig-holsteinischen Landtages, als der Rittergutsbesitzer Hakensee bei der Debatte über die Bodenreform erklarte: „Wenn das Gesetz über die Bodenreform angenommen wird, stimmen wir für den Anschluß an Dänemark.“ In diesem Ausspruch kommt die jahrhundertalte antinationale Einstellung dieser Herren zum Ausdruck. In vergangenen feudalen Zeiten verkauften sie ihre höflichen Bauern als Kriegsknechte in alle Welt. Als Kapitalisten verkauften sie ihre Kanonen und Gewehre in alle Länder. Das Volk mußte bluten und fallen, damit die Dividenden stiegen. Im Namen Deutschlands überfielen diese Monopolisten andere Völker, plünderten sie aus, vernichteten Millionen Menschen. Sie gebärdeten sich „patriotisch“, aber sie sind nicht berechtigt, den Namen Deutschland im Munde zu führen, so wenig wie Adenauer, der Kanzler der Allierten, der die deutsche Einheit und Unabhängigkeit an das USA-Monopolkapital ver-

kauft.

Auch Freiburger Straßenbahn teurer

Stadtrat gegen die Stimme der KPD für die Erhöhung der Straßenbahntarife / Theaterdefizit 1 Million DM

Freiburg. In der Stadtratsitzung am vergangenen Dienstag stand der Nachtragshaushalt der Stadt Freiburg zur Beschlussfassung. Während sich die übrigen Parteien trotz der Einsparungen und Ausgaben am falschen Platz bereit erklärten, dem Haushalt zuzustimmen, lehnte Käthe Seifried im Namen der Kommunistischen Partei den Nachtragshaushalt ab, da er nichts weiter bedeutet, als die Fortführung der Methoden, die auch im eigentlichen Haushaltsplan angewendet wurden. Bekanntlich wurde das Defizit des ordentlichen Haushaltsplans durch eine Gebührenerhöhung zu Lasten der breiten Bevölkerung beseitigt.

In derselben Sitzung stand auch die Frage der Fortführung von Oper und Operette. Die Stadt Bühnen weisen zu Zt. ein Defizit von 1,4 Mill. DM auf. Trotzdem stimmte Käthe Seifried für die Weiterführung. Sie erklärte, daß zwar die KPD dem Theaterbau nicht zugestimmt habe, jetzt aber, nachdem das Theater steht, alles getan werden müsse, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, die Vorstellungen zu besuchen. Voraussetzung hierfür sind tragbare Preise und eine volksnahe Kunst. Diese muß auch mit einer erträglichen Bezahlung der Künstler verbunden sein, damit sie die Möglichkeit haben, ihre künstlerischen Fähigkeiten zu entwickeln. Käthe Seifried betonte aber nochmals, daß sie dem Spielbetrieb nur unter der Bedingung zustimmt, daß die werktätige Bevölkerung nicht noch mehr mit den Kosten belastet wird.

Monatskarten 2mal teurer

Als nächster Punkt stand die Erhöhung der Straßenbahntarife. Bürgermeister Schlier erklärte hierzu, daß der Haushalt der Straßenbahn nunmehr ein Defizit von 91 000 DM aufweise, das eine Erhöhung der Tarife wie folgt notwendig mache: Für Kinder bleiben die Preise gleich, der Umsteiger kostet in Zukunft 25 Pfennig, während der Einzelfahrschein für Geradeaus-Fahrten nach wie vor 20 Pfennig kostet. Auf Vorschlag Stadtrats Albrecht wird eine Fünferkarte zu 90 Pfennig eingeführt. Der Preis der Wochenkarte erhöht sich auf 120 DM, das gleiche gilt für Schülerhefte. Die Monatshefte mit 40 Fahrten kosten zukünftig 5 DM, die Monatsnetzkarten 12 DM.

Ein besonderes Kapitel bilden die Fahrten der Besatzungsangehörigen, die eine unerträgliche Belastung bedeuten. So wurden vor kurzem

an einem Tag 3000 Besatzungsangehörige

gezählt, die unentgeltlich die Straßenbahn benutzen. Während die anderen Fraktionen den Tarifserhöhungen zustimmten, erklärte Käthe Seifried, daß Angesichts der Preisermäßigungen der letzten Zeit der Bevölkerung ein erhöhter Fahrpreis auf der Straßenbahn nicht zugemutet werden kann. Die KPD wird prinzipiell einer Steuer- oder Preiserhöhung nicht zustimmen, die die schaffende Bevölkerung noch mehr trifft. Außerdem hätte man das Defizit besser dadurch ausgleichen können, daß man den Plan der Straßenbahnhalle verabschiedet hätte. Bei dieser Gelegenheit forderte Käthe Seifried nochmals eine Ver-

längerung der Haslacher Omnibus-Linie bis zur Opfinger Siedlung. Der geplante Kreditaufnahme aus Marshallplan-Geldern zu einem Zinssatz von 7 1/2 Prozent zur Investierung im Stadt-Gaswerk lehnte Käthe Seifried ebenfalls ab. Diese Investierung bedeutet nichts anderes, als die Auslieferung des Gaswerks an die amerikanische Unternehmung. Ebenso fand der Kauf eines Mercedes-Autos für die Stadtverwaltung, das erst eine Reparatur in Höhe von 8500 DM notwendig gehabt hatte, die Ablehnung der Stadträtin Seifried.

Fliegergeschädigte werden ungeduldig

Der Ortsverein Emmendingen im Bund der Fliegergeschädigten teilt uns mit: „Die im Zentralverband der Fliegergeschädigten und Währungsgeschädigten in der gesamten Trizone vereinigten Kriegs- und Kriegsfolgeschädigten fordern nach wie vor mit aller Entschiedenheit die baldige Verabschiedung des endgültigen Lastenausgleichsgesetzes. Es ist bedauerlich, daß angesichts der Regierungserklärung und damit der Zu-

sage einer gerechten Kriegslastenverteilung prominente Vertreter des Staates glauben, die reale Durchführung des Lastenausgleiches immer wieder in Zweifel stellen zu müssen. Ohne den Lastenausgleich werden die tiefen sozialen und politischen Spannungen im deutschen Volk nicht beseitigt werden können.

Alle Geschädigten protestieren einmütig gegen eine ungerechte Zurückstellung. Wir fordern alle, die noch nicht Mitglied unserer Organisation sind, auf, bis zum 31. Januar 1950 bei unserer Geschäftsstelle in Emmendingen, Westend 21 (Gg. Brühlle), Art und Umfang ihres Schadens anzumelden, damit der Zentralverband in der Lage ist, den Bundesbehörden gültiges Material vorzulegen und ein wahrheitsgetreues Bild über die Notlage der Geschädigten zu vermitteln. Wer sich nicht meldet, zeigt, daß er an der Erfüllung seiner Forderungen nicht mehr interessiert ist. Der Zentralverband wird daher bei seinen Finanzierungsvorschlägen nur noch von den bekanntgegebenen Schäden ausgehen. Jetzt oder nie gilt es. Der Kampf um den Lastenausgleich ist in sein entscheidendes Stadium eingetreten.“

Von der Arbeiterwohlfahrt Blumberg

Aus dem Rechenschaftsbericht ist ersichtlich, daß in der letzten Zeit 4 eigene Nähmaschinen angeschafft wurden. Die Nähstunden wurden in 46 Abenden durchgeführt, an welchen sich insgesamt 142 Frauen beteiligten. Außerdem wurde im vergangenen Jahr Frau Arndt zur Schulung auf den Trotenhof geschickt. Es wird bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß von der Beratungsstelle der AW viel mehr Gebrauch gemacht werden soll, es werden dort auch Anträge an Behörden usw. bearbeitet. Im vergangenen Jahr konnten 4 Kinder für längere Zeit in Erholung geschickt werden, davon 3 durch eine Glückskette, 15 Jungen und 15 Mädels durften einen eintägigen Autoausflug auf den Brend unter Aufsicht des Kollegen Weber machen. Die Schulentlassenen konnten ebenfalls eine Brendfahrt machen, wozu die Gemeinde das Fahrgeld bezahlte. Eine Kinderwanderung mit 50 Kindern nach Ewattingen brachte für die Kinder viel Freude. Bei der Verteilung von kostenlosem Brennholz an Minderbemittelte durch die Gemeinde wurden 18 Mitglieder der AW berücksichtigt. Zwei Gemeinderäte verzichteten im vergangenen Jahr auf ihre Aufwandsentschädigung. Insgesamt 40 Familien, insbesondere Kranke, Kinderreiche und Rentner, konnten mit einer Weihnachts-gabe überrascht werden. An 52 Tbc- und rachitiskranke Kinder wurde Lebertran verteilt.

Ende Februar — Anfang März wird eine Landessammlung der Arbeiterwohlfahrt durchgeführt werden. Der Erlös soll im wesentlichen wirklich Bedürftigen zur finanziellen Unterstützung zugeführt werden.

Besatzungskosten und Demontagen Eine Pressekonferenz bei Kommissar Pene

Freiburg. In einer Pressekonferenz beim Landeskommissar für Südbaden, Pene, wurden von den anwesenden Journalisten meh-

reere Fragen gestellt, deren Beantwortung wir wie folgt zusammenfassen:

Der Landeskommissar erklärte, daß er nicht in der Lage sei, Fragen der „Generalpolitik“ zu beantworten, da dies Aufgabe der französischen Regierung sei.

Zur Frage der Besatzungskosten und der angeblich geplanten Reduzierung erklärte er, daß Einsparungen gemacht worden seien, die allerdings nur unter der Voraussetzung vorgenommen wurden, daß sie keine Beeinträchtigung französischer Beamten nach sich ziehen. Es seien im übrigen Hotels und Wohnraum in der letzten Zeit zurückgegeben worden, was eine monatliche Ersparnis von 450 000 DM bedeute. Das ständige Steigen der westdeutschen Preise habe allerdings die Reduzierung wieder illusorisch gemacht.

Die Erklärung der Badischen Regierung, sie sei nicht bereit, einen höheren monatlichen Pauschalbetrag an Besatzungskosten zu zahlen, wie die übrigen westdeutschen Länder, ist nach Meinung des Landeskommissars eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Da die Bundesregierung die Verpflichtung habe, den finanzschwachen Ländern bei der Zahlung der Besatzungskosten unter die Arme zu greifen, müsse sich die Badische Regierung mit dem Bund in Verbindung setzen. Für die Besatzungsmacht sei die Landesregierung diejenige Stelle, an die sie sich wegen der Bezahlung der Besatzungskosten halten müsse.

Auf die Frage, ob die Demontagen in der französischen Zone abgeschlossen seien, wurde erwidert, daß diese ihrem Ende entgegen gingen. Nur in einzelnen Fällen würden in Baden noch auf der Grundlage der Restitutionsforderungen Ansprüche erhoben. Im übrigen hänge das Ende der Demontagen und Restitutions nicht allein von den französischen Behörden ab. Falls keine anderen Maßnahmen durch die Alliierte Hohe Kommission getroffen würden, sei bis Ende 1950 mit einer endgültigen Regelung zu rechnen.



Vor kurzem egalisierte die Australier in Majorie Jackson den 100-Yard-Weltrekord der Holländerin Fanny B. lankers-Koen. Majorie gilt in Fachkreisen als die schnellste Frau der Welt.



Geh'n wir mal nach Heidelberg

Liebe Tippfreunde!

Das Totoglück ist doch sehr ungerecht! Schon wieder ist ein Riesengewinn nach Heidelberg gefallen, und wir Ausgebombten haben das Nachsehen. Dabei ist Heidelberg nicht einmal Oberliga. Da kann man wieder sehen, daß es beim Toto gar nicht auf den „Fußballverstand“ ankommt, sonst hätte Mannheim mit zwei Oberligaverbindungen und sogar dem Deutschen Meister doch viel mehr Chancen beim Toto haben müssen. Ob das an der Heidelberger Luft liegt, daß die dort aufgegebenen Wertscheine soviel mehr mit Volltreffern bedacht wurden? Wer also seine Aussichten noch verbessern will, der fahre zum Tippen nach Heidelberg. Welten wir, daß manche Schlaumeier es tun werden? Vielleicht rentiert die Fahrt sich.

Seit einigen Wochen krabbelt der Deutsche Meister vergeblich am Stamm der Oberliga-Tabelle empor, um auf den zweithöchsten Ast zu kommen. Immer wieder rutscht er ab. Auch am kommenden Sonntag wird es für den Meister von den Brauereiern nicht so einfach sein, den mit Bolleynern und Isackern wird man die Schweinfurter nicht aus dem Wege räumen können, die ja auch auf den grünen Zweig kommen wollen, auf dem der VfR jetzt sitzt. Aber wir wollen trotz dem Schweinfurter Grün keine Schwarzseher sein und halten es mit dem VfR.

fehlt sein. In Frankfurt brüten elf Eintrachtige finstere Rache. Schwer hatten die Waldhof-Buben den roten Adler damals in Mannheim zerzaust, und es ist noch kein Gras darüber gewachsen, geschweige denn Schnee gefallen, der Frankfurts Revanche noch erleichtern würde. „Herunter vom zweiten Platz“ wird das Feldgeschrei von Mühlburg über Mannheim bis Frankfurt sein und mit vereinten Kräften wird man den Ast absägen, auf dem der Vize-Herbstmeister bisher so unsicher saß. Was kann er dagegen tun? Nur gewinnen — wenn er kann!



Mit den besten Vorsätzen und freiem Willen ziehen die Offenburger in den Revanchekampf gegen Rastatt. Sie haben das Zeug und den Willen dazu, um zu gewinnen und aus den unteren Regionen etwas aufzutauschen. Wir gehen nun auf die Dörfer und nehmen an, daß Zuffenhausen sich mit seinem Gast aus Feuerbach gütlich auf 50:50 einigt. Dagegen werden die Normannen aus Gmünd nicht die Kirche im Dorf lassen, sondern aus Kirchheim punktbeladen heimkehren. Schwenningen wird am Sonntag immer mit einem Auge nach Offenburg schielen und dabei könnte ihnen Ebingen wie schon beim letzten Mal die Punkte wegschnappen, wenigstens einen. In Viernheim hängen die Trauben nicht mehr so hoch wie einst, und wenn die Rohrbacher von ihrem Lehrspiel gegen Waldhof profitiert haben, könnte sie die grüne Gefahr zum Erbleichen bringen.

In Aalen und in Hockenheim werden die Gäste aus Ulm und Karlsruhe vielleicht ihr blaues Wunder erleben.

Englands Fußball ist ein Geld-Sumpf

Obwohl die englischen Kritiker, die davon sprechen, daß der „Fußball in England ein Sumpf ist, in den die Spieler immer tiefer hineinsinken, vielleicht etwas zu scharf eingerisene Zustände geißeln, ist es doch ganz interessant zu erfahren, wie es um die Bezahlung der englischen Profis neben den offiziellen Gehältern und Gratifikationen aussieht. Geheimbesprechungen über zusätzliche Prämien, Vergünstigungen, anonyme Telefon-Anrufe mit kleinen Winken sollen an der Tagesordnung sein. Der englische Fußball-Journalist Eric Wright schildert eine Unterhaltung zwischen dem „großen Talent“ bzw. Spieler und dem Direktor oder „guten Freund“ des interessierten Klubs wie folgt:

„Warum ein Haus? Ich habe ein Haus von meinem augenblicklichen Klub. Höchst-Gehalt? Nun, ich bin schon in der höchsten Gehaltsstufe. Eine Prämie ist unwichtig — die bekomme ich, wo ich bereits bin. Eine andere Beschäftigung neben dem Fußball? Danke hab' schon eine. Auch eine schöne Zukunft dabei! Warum soll ich überhaupt wechseln — wenn es mir keinen Vorteil bringt? Und dann murmelt der Direktor oder „gute Freund“, daß er für jede Anregung dankbar zu regeln. Und dann kommt es: „Natürlich ist das Haus, das ich jetzt habe, möbliert. Das Ihrige wird doch hoffentlich ohne Möbel sein?! Dann könnte ich nämlich selbst sei, diese höchst interessante Angelegenheit die Möbel kaufen. Und sie wissen ja, wie komisch Frauen in dieser Beziehung sein können: vielleicht bekomme ich einen offenen Scheck für meine Möbelhändler?! Zufälligerweise besitzt mein bester Freund einen solchen Laden...“

Eric Wright fährt dann fort: „Ueber die Miete würde man sich mündlich einmal einig. Sagen wir, wie bei der FA festgelegt — fünf Schilling die Woche. Für ein Haus mit sieben Räumen! Aber tragt einmal in den Akten des Häuser-Agenten nach! Ihr werdet finden, daß in Wirklichkeit der Spieler Besitzer des Hauses ist! Die fünf Schillinge? Alles Tarnung...“

Wie gesagt. Die Möglichkeit einer zu krassen Zeichnung der Zustände ist durchaus gegeben. Aber bereits 50 Prozent der Wahrheit stimmen leicht nachdenklich!

„Wie ich eine Boxabteilung schuf“

„Interessante Streiflichter vom Boxsport in der Sowjetunion“

Boxen — eine der härtesten und zugleich männlichsten Sportarten — muß nicht von der Atmosphäre der Kämpfe von amerikanischen und auch westeuropäischen Berufsboxern unwirtet sein. Männer, die sich schonungslos in einem 15-Runden-Kampf zerschlagen, nur damit die „Bestie Publikum“ auf ihre Kosten kommt, die glaubt, sich erlauben zu können, auf einem Hundert-Dollar-Ringplatz den allerprimitivsten menschlichen Regungen freien Lauf zu lassen, sind nicht der wahre Typ des Boxers. Wie diese Sportart in der Sowjetunion aufgebaut wird, mit dem Endziel, den erzieherischen Wert als wesentlichsten Punkt herauszuarbeiten, darüber berichtet Wassilij Puschkina, einer der besten Boxer der UdSSR und anerkannter Meister des Sports.

Da meine Gewichtsklasse nicht vertreten war, saß ich an jenem Tag zwischen den Zuschauern und ließ das spannende Fluidum der Kämpfe auf mich wirken. Neben mir saß ein breitschultriger Mann, der den Ring buchstäblich mit den Augen verschlang und auf dessen Gesicht sich jede Phase des Kampfes widerspiegelte.

„An wen erinnert mich der Nikolajew dort unten eigentlich“, sagte er zu mir, als die Runde zu Ende war. „Sein Abducken, das plötzliche Herauschießen der Linken, überhaupt den ganzen Kampfstil kenne ich doch.“

„Nikolajew war mein Schüler“, erklärte ich meinem Nachbarn.

„Warum war?“ setzte dieser die Unterhaltung fort, nachdem er mich anscheinend erkannt hatte.

„Da ich mich in den letzten zwei Jahren auf mein Abschlußexamen am Gorki-Institut für Literatur vorbereiten mußte, habe ich als Boxtrainer ausgesetzt, jetzt fange ich aber wieder an.“

„Wo werden Sie arbeiten, entschuldigen Sie meine Neugierde?“

„In der Fabrik Krassinj Oktjabr.“

„Das trifft sich ja großartig!“ Mein neuer Bekannter schrieb schnell einige Worte auf einen Zettel.

„Der Direktor und Chefingenieur sind Freunde von mir, sie werden Ihnen helfen.“

Ich nahm dankend den Zettel. Woher war mir nur das Gesicht des gutmütigen Riesen neben mir bekannt?

Als ich mich in der Fabrik meldete, stellte sich heraus, daß der Chefingenieur früher selbst etwas boxte und alles bestens vorbereitet war.

„Nur Boxhandschuhe fehlen“, erklärte er mir.

„Das ist meine Sorge“, beruhigte ich ihn, und da mir mein Zettel einfiel, überreichte ich ihm dem Chefingenieur.

Bereits bei den ersten Worten riß er die Augen gewaltig auf.

„Das ist ja unser Minister für die Maschinenindustrie, eine bessere Empfehlung gibt es nicht. Sport ist übrigens seine große Leidenschaft!“

Alles klappte wunderbar, und der erste Trainingstag kam heran. Als ich sah, wie die jungen Leute aus der Fabrik sich zum Sport umzogen — und zwar reichlich nervös — mußte ich an mein eigenes Debut denken. Vor Aufregung gelang es mir damals kaum, die Schnürbänder zuzubinden.

„Darf man barfuß mitmachen?“ fragten mich zwei große kräftige Burschen.

„Habt Ihr denn keine Sportschuhe?“

„Die haben Größe 45“, mischte sich ein lustiger kleiner Junge ein, „wir konnten diese Nummer nicht beschaffen.“

Da die beiden jungen Riesen ängstlich an meinen Augen hingen, sagte ich schnell:

„Für das erste könnt Ihr natürlich auch barfuß boxen, Ihr werdet Eure Schuhe schon noch bekommen.“

In dem für unser Training bestimmten Raum sind inzwischen die zukünftigen Boxer angetreten. Einige haben zu große Sporthosen an, so daß die Beine kurz und dünn wirken, andere tragen ganz prall sitzende, viel zu enge Hosen. Doch diese Dinge kenne ich, und nach einer Woche — es wurde tüchtig getauscht — sahen alle manierlich aus.

„Bevor wir beginnen, eine Frage, Wer von Euch raucht?“

Zögernd hebt sich eine Hand, eine zweite, dritte, zuletzt sind es fast alle.

„Also, mit der Raucherlei muß vorläufig Schluß sein.“

Betreten sehen sich die Raucher an. Plötzlich aber tritt Mossjakin vor und erklärt als Sprecher seiner Kameraden das Einverständnis mit meinem Verbot.

„So, jetzt wollen wir mit den Anfangsgründen beginnen.“

Da einige meiner Schüler sich eigentümlich die Nasen reiben und allgemeines Geflüster entsteht, frage ich erstaunt, was los ist.

Niemand will mit der Sprache heraus, doch endlich ermannet sich Mossjakin.

„Werden Sie jetzt gleich mit uns boxen?“

„Warum?“ frage ich erstaunt.

„Man hat uns erzählt, daß Sie mit uns boxen, und nur wer auf den Beinen bleibt, darf weiter trainieren.“

Ich vergaß meine ganze Trainerwürde und lachte, bis die Tränen kamen.

„Nein, nein, so schlimm wird es nicht“, kann ich meinen Schülern endlich versichern und beginne die erste Unterrichtsstunde.

Fleißig werden die Grundbewegungen geübt, dann zeigte ich das Training beim Seilspringen und gab eine Anzahl theoretischer Erklärungen. Am Schluß der Trainingsstunde waren alle reichlich müde.

„Nach zwei Wochen werden Ihr das Doppelte leisten und halb so müde sein“, prophezeite ich ihnen. „Boxen ist übrigens ein Schachpartie ähnlich, nur hat man beim Boxen nicht Zeit nach jeder Aktion nachzudenken wie beim Schachspiel.“

Wie im Fluge vergehen die Unterrichtsstunden, und ich mag selbst nicht glauben, daß die Jungen noch vor gar nicht langer Zeit keine Ahnung hatten, was eine „Linke Gerade“ ist und jetzt schon zwei Runden in anständiger Haltung durchstehen.

Nach knapp einem Jahr traten meine Schüler zum ersten Male um die Meisterschaft des Moskauer Vereins „Pischtschewik“ an. Mossjakin und Tschibirjew wurden nach hartem Kampf Meister der Jugendklasse. Beide sind so talentiert, daß man mit ihnen bereits in der Moskauer Boxergemeinde rechnet.

Als die Kämpfe beendet waren, kamen die Väter einer Anzahl Schüler zu mir und bedankten sich. Auf meine erstaunte Frage antworteten sie:

„Sie haben unsere Jungen nicht nur zu Boxern, sondern auch zu tüchtigen, energischen Menschen gemacht.“

Dieses Lob machte mich stolz und war der beste Lohn für meine Mühe.

Hochschulsport in der DDR

Mit der Schulreform und der demokratischen Neuordnung des Hochschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik hat sich die gesellschaftspolitische Rolle der Studenten grundsätzlich geändert. Das gilt auch für den Hochschulsport, der nicht mehr Luxus einer kleinen Zahl Begüterter, sondern ein Kraftquell für die von Arbeiter und Bauern auf die Universitäten entsandten besten Köpfe der Jugend sein soll.

An 26 Universitäten, Akademien und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik bestehen Sportgemeinschaften. Die Studenten kennen die Bedeutung und den Wert sportlicher Betätigung als Ausgleich und Ergänzung zum Studium und wissen, daß sie mit ihren Hochschulsportgemeinschaften kein Eigenleben führen dürfen, sondern gerade aus Verbundenheit mit der deutschen demokratischen Sportbewegung die höchsten Leistungen erzielen.

Gerade unter den Sportlern aus den Reihen der studierenden Jugend setzt sich einander getrennt zu schlagen versuchen. Sie kennen einander zu gut und werden sich nichts vormachen können. Ein Blatt könnte wohl für die Bayern abfallen und das würde sie schon zufriedenstellen. Die Münchener Löwen werden es am Sonntag mit einem recht harten Knochen zu tun bekommen, denn an den Augsburger Schwaben hat sich schon mancher Punkthungrige die Zähne ausgebissen. Ob die Löwen mit dem ganzen Brocken fertig werden, dürfte recht zwei-



In der Sache Kickers gegen Kickers haben die Offenbacher wohl alle Fachleute auf ihrer Seite, nachdem sie in letzter Zeit so tüchtig vom Leder zogen. Nur wer blind tippt, kann da vielleicht ein goldenes Korn finden. In Augsburg haben wir eine besondere harte Nuß zu knacken. Drei müdere Dinger hatten die Ballspieler dem Club in Nürnberg eingerichtet, und es wäre kein Wunder, wenn der anscheinend noch nicht ganz erwachte Löwe vom Zabo in Augsburg wenigstens ein Haar lassen müßte. In Mühlburg treffen sich zwei, die gerne Halpart machen. Bornheimer Beton ist für Mühlburger Verhältnisse nicht minder fest als für Mannheim. In Frankfurt teilte man brüderlich, und es müßte schon ein Sturm von Windstärke 11 wehen, wenn es diesmal anders kommen sollte.



Elf Rothosen aus München wollen in Fürth ein Kleeblatt rufen. Erst am vergangenen Sonntag waren sie vereint gegen Niedersachsen marschiert, und nun müssen sie einander getrennt zu schlagen versuchen. Sie kennen einander zu gut und werden sich nichts vormachen können. Ein Blatt könnte wohl für die Bayern abfallen und das würde sie schon zufriedenstellen. Die Münchener Löwen werden es am Sonntag mit einem recht harten Knochen zu tun bekommen, denn an den Augsburger Schwaben hat sich schon mancher Punkthungrige die Zähne ausgebissen. Ob die Löwen mit dem ganzen Brocken fertig werden, dürfte recht zwei-